

<http://www.laender-analysen.de/russland/>

BEWEGUNG IN DER RUSSISCHEN POLITIK?

■ ANALYSE		■ DOKUMENTATION	
Russland im Herbst 2016. Dumawahlen und Regimeumbau	2	Ein Meinungsforschungsinstitut als »ausländischer Agent«. Reaktionen auf die Einstufung des Lewada-Zentrums durch das russische Justizministerium	25
Hans-Henning Schröder, Bremen		Stellungnahme des Direktors des Levada-Zentrums Lev Gudkov	25
■ TABELLEN ZUM TEXT		Chronik der Ereignisse	27
Wahlbeteiligung	6	Erklärung der deutschen Osteuropaforschung	29
■ UMFRAGE		■ RANKING	
Fairness bei den Dumawahlen	10	Russen auf der Forbesliste der Milliardäre im September 2016	30
Alltagssorgen der Russen	11	■ CHRONIK	
■ ANALYSE		21. September – 6. Oktober 2016	33
Ordnung der Macht			
Die Generation Anton Wainos und Russlands techno-bürokratischer Autoritarismus	13		
Fabian Burkhardt, München			
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS			
Wahlmanipulation ohne Folgen?	20		
Sergey Medvedev, Berlin/Moskau			
■ NOTIZEN AUS MOSKAU			
Dumawahlennachlese	22		
Jens Siegert, Moskau			

Russland im Herbst 2016

Dumawahlen und Regimeumbau

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Die Dumawahlen im September 2016 haben gezeigt, dass die »Machtvertikale« funktioniert und die Führung den politischen Prozess im Lande unter Kontrolle hat. Allerdings sind die Finanz- und Wirtschaftsprobleme ungelöst. Dementsprechend kann die Führung der Bevölkerung auf lange Sicht die soziale Stabilität nicht garantieren. In dieser Situation, in der die Administration den politischen Prozess kontrolliert, aber befürchtet, dass die ökonomischen und sozialen Probleme überhand nehmen, beginnt das Putinsche Zentrum den Apparat umzubauen. Eine neue Elitengeneration rückt nach, die erste Generation der Putinschen Oligarchen und Bürokraten zieht sich zurück.

Ein starker Staat?

Die Russische Föderation stellt sich Ende September 2016 als ein Staat dar, der nach außen Stärke demonstriert und im Innern stabil erscheint.

Die russische Unterstützung für das Assad-Regime verschafft diesem im syrischen Bürgerkrieg die Vorhand, und mit dem militärischen Erfolg im Rücken agiert der russische Außenminister in Genf und New York in Großmachtmanier. Auch der fragile Waffenstillstand in der Ost-Ukraine hängt vom guten Willen der russischen Regierung ab. Keiner dieser beiden bewaffneten Konflikte ist ohne die Mitarbeit der russischen Seite lösbar. Russland hat sich mit seinen Interventionen in der Ost-Ukraine und in Syrien wieder als internationaler Akteur ins Spiel gebracht. Getragen wird diese Politik im Innern von einer breiten Akzeptanz in der Bevölkerung, die insbesondere dem Präsidenten gilt, dessen Zustimmungswerte seit Frühjahr 2014 Spitzenwerte erreichen.

Allerdings ist das Bild nicht ganz ungetrübt. Die Wählermobilisierung war 2016 schwächer als bei früheren Parlamentswahlen, Wirtschaft und Staatsfinanzen leiden unter den niedrigen Energiepreisen, Reallohne sinken oder stagnieren, Sozialleistungen werden beschnitten. Um unter diesen Bedingungen weiter nach außen Stärke demonstrieren und im Innern die Stabilität wahren zu können, muss sich die russische Führung einiges einfallen lassen. Denn es gilt, die Volkswirtschaft in Schwung zu bringen und die soziale Lage zu verbessern, um die Bevölkerung weiter an die Führung binden zu können.

Der 18. September

Der »einheitliche Wahltag« am 18. September hatte für die politische Führung positive Ergebnisse erbracht. Gewählt wurde an diesem Tag die Duma, 39 Regionalparlamente und sieben Gouverneure bzw. Oberhäupter von Regionen sowie die Vertretungskörperschaften in einer Reihe großer Städte.

In den Regionen setzten sich durchweg die regierungsnahen Kandidaten durch. Die Dumawahlen wurden diesmal nach einer Änderung der Wahlgesetzgebung wieder nach einem »Grabenwahlssystem« durchgeführt, bei dem die Hälfte der 450 Deputierten über Listenwahl und die andere Hälfte durch Direktwahl in 225 Einzelwahlkreisen bestimmt wurde. »Einiges Russland« – die »Partei der Macht« – erreichte bei den Listenwahlen 54,2% der Stimmen. Bei den Direktkandidaten konnte sie 205 von 225 Wahlkreisen gewinnen. Insgesamt stellt sie 343 Deputierte und verfügt damit für die nächsten fünf Jahre über mehr als drei Viertel der Sitze im Parlament. Dies ist unstreitig ein politischer Erfolg.

Das Verfahren am Wahltag selbst wurde offenbar korrekter durchgeführt als bei den Dumawahlen im Dezember 2011. Direkte Wahlfälschung wurde nur in Einzelfällen gemeldet, sieht man von Regionen wie Tatarstan oder Tschetschenien ab, in denen Wahlbetrug ohnehin erwartet wurde. Die Wahlbeteiligung von über 90% und die hohen Zustimmungsraten in diesen Regionen sind auch nicht geeignet, diesen Verdacht zu entkräften.

Doch ist die korrekte Durchführung der Abstimmung nur ein Aspekt einer demokratischen Wahl. Ebenso relevant ist, dass alle Bewerber die gleichen Chancen bei der Zulassung zur Wahl und die gleichen Möglichkeiten haben, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren. Der Einsatz der Administrationen hatte aber bereits im Vorfeld der Wahlen – bei der Bestellung der Wahlkommissionen, bei der Aufstellung und Registrierung der Kandidaten sowie in der Wahlkampagne – sichergestellt, dass sich kein unerwünschter Kandidat und keine missliebige Oppositionspartei durchsetzen konnte. Durch restriktives Vorgehen bei der Registrierung und durch Behinderung bei der Agitation wurden der nichtsystemischen Opposition von vornherein alle Chancen genommen. Dieses Vorgehen ist nicht neu, man hat derlei in Russland vielfach erprobt und zuletzt bei den Regionalwahlen 2014 und 2015 erfolgreich eingesetzt. Das Ergebnis

der Dumawahl 2016 demonstriert also, dass die Zentrale in der Lage ist, politische Ziele mit Hilfe der regionalen und kommunalen Verwaltungen landesweit durchzusetzen. Insofern bestätigt das Wahlergebnis die Stabilität und Funktionsfähigkeit des Apparats und die Wirksamkeit der politischen Kontrolle. Dies ist eine der Voraussetzungen für die Erhaltung der politischen Stabilität.

Die Zurückhaltung der Wähler

Der Rückgang der Wahlbeteiligung (47,8 % gegenüber 60 % 2011 und 63 % 2007) ist zwar beachtlich, doch die Führung hatte dies mit der Vorverlegung der Wahlen von Dezember auf September selbst verursacht und wohl auch in Kauf genommen. Der Wahlkampf fand im Sommer statt, als viele Wähler im Urlaub oder auf ihren Sommerhäusern waren, zudem hatte er eine vergleichsweise geringe Intensität. So war die Mobilisierung geringer als bei früheren Wahlen.

Allerdings – und dies muss die Führung beunruhigen – war die Wahlbeteiligung und die Mobilisierung für die »Partei der Macht« in einer Reihe von wichtigen Regionen – vor allem in Moskau und Petersburg – erschreckend niedrig. Erreichten Wahlbeteiligung und Stimmenanteile für »Einiges Russland« in Tschetschenien, Karatschajewo-Tscherkessien und Tatarstan um die 90 % (Ergebnisse, die den Verdacht auf direkte Wahlfälschung nahelegen), so lag die Wahlbeteiligung in Moskau, Sankt Petersburg, Tomsk, Novosibirsk, Perm, Irkutsk und Tomsk bei 30–35 %. Die Stimmenanteile für »Einiges Russland« lagen zwischen 31 % und 40 %. Geht man von der Gesamtzahl der Wahlberechtigten aus (nicht nur von denen, die ihre Stimme abgegeben haben) dann haben sich im Endeffekt in Moskau, Petersburg und einigen Regionen Sibiriens nicht mehr als 12–15 % der Bürger aktiv für die »Partei der Macht« ausgesprochen (vgl. Tabelle Nr. 1 auf S. 6–7). Das ist gewiss noch kein Akt politischen Protestes, doch zeigt es, dass die Administration in den großen Städten zwar den Abstimmungsprozess kontrollierte, die Bürger sich aber nicht zur Wahl haben mobilisieren lassen.

Wirtschaftskrise und politische Stimmung

Eine der Ursachen für den niedrigen Mobilisierungsgrad könnte die schwierige Wirtschaftslage und die Diskussionen über eine Einschränkung der Sozialleistungen sein. Der Einbruch des Ölpreises auf dem Weltmarkt hatte erhebliche Konsequenzen für die russische Wirtschaftsentwicklung. Das Bruttoinlandsprodukt war 2015 und 2016 gesunken, auch die Industrieproduktion im Jahre 2015, die aber 2016 wieder ein Wachstum von 0,4 % verzeichnen konnte. Die Bruttoanlageinvestitionen waren 2014, 2015 und 2016 deutlich gesunken (um 2,7 %, 8,4 % und 4,3 %). Das sind alarmierende Daten, die deutlich machen, dass die Volkswirtschaft in eine schwere Krise geraten ist.

Das schlug sich auch auf den Lebensstandard nieder. Die Inflationsrate war gestiegen. 2014 machte sie nach offiziellen Angaben im Jahr 11 % aus, 2015 waren es 12 %. Das Realeinkommen waren im Jahre 2015 um 4,3 % zurückgegangen, in den Monaten Januar–August 2016 um 5,8 %. Vor diesem Hintergrund diskutierten Sozialpolitiker über die Zukunft des Rentensystems und über die Finanzierbarkeit von Sozialleistungen angesichts des wachsenden Haushaltsdefizits. Die Krise erreichte damit auch den Alltag. Die Masse der Bürger erfuhr sie unmittelbar. Preissteigerungen, Angst vor Armut und Arbeitslosigkeit rangierten in Umfragen nach den größten Sorgen der Bevölkerung denn auch an der Spitze.

Das hatte kaum Folgen im politischen Bereich. Die Umfragewerte des Präsidenten, des Ministerpräsidenten und der Regierung gaben zwar um einige Punkte nach, bewegten sich aber nichtsdestoweniger auf hohem Niveau. Das Unbehagen über die Verschlechterung der materiellen Lage hat gegenwärtig keine fühlbaren Auswirkungen auf die politische Haltung. Insofern ist die Stabilität des Systems im Moment nicht gefährdet.

Das Band zwischen »Macht« und »Volk«

Allerdings muss sich die politische Führung Gedanken darüber machen, wie sie ihren Rückhalt in der Gesellschaft sichern kann, wenn es nicht gelingt, die Wirtschaftsdaten und die soziale Lage der Bevölkerungsmehrheit zu verbessern. Im Laufe des letzten Jahres sind mehrfach Gruppen, die die Putin-Administration eigentlich zu ihren Unterstützern zählt, mit Protestaktionen hervorgetreten. Die Arbeiter auf der Baustelle des Weltraumbahnhofs »Wostotschnyj« streikten wegen Lohnrückständen, die Fernfahrer wehrten sich mit Verkehrsblockaden gegen die Einführung einer Maut, die sie als erhebliche Belastung erfuhren. Bauern aus dem Kubangebiet machten sich zu einer Traktorendemonstration nach Moskau auf. Das waren alles Einzelaktionen, die sich auf konkrete Sorgen bezogen und nicht in Systemkritik umschlugen, doch sie müssen in ihrer Häufung ebenso wie die niedrige Wahlbeteiligung im Zentrum als Signal verstanden werden, dass die gesellschaftliche Stimmung umschlagen könnte, wenn die Führung nicht auf die Sorgen der Bevölkerung eingeht.

In dem politischen System, das sich seit 1993 entwickelt und das seit der ersten Präsidentschaft von Wladimir Putin immer mehr den Charakter einer »elektoralen Autokratie« angenommen hat, fehlt ein wichtiges Element – die institutionelle Verbindung zwischen *wlast* und *narod*, zwischen »Macht« und »Volk«. Es gibt keine Massenpartei, die an der Basis präsent ist, politische Stimmungen aufnimmt, »die Massen« mobilisiert und ihre Aktivitäten strukturiert, Aufstieg organisiert und

den Informationsfluss zwischen »oben« und »unten« erleichtert. Bemühungen, »Einiges Russland« (oder »Gerechtes Russland«) zu einer solchen Organisation auszubauen, sind gescheitert. Die Versuche, die ONF – die Allrussische Volksfront – als Massenbewegung zu installieren, waren nicht erfolgreich.

Die Anbindung der Bevölkerung an das politische System erfolgt über die Person des Präsidenten, der erfolgreich als Führer aufgebaut wurde. Die Medien (einschließlich des Internet) werden intelligent genutzt, um diesen Führerkult zu pflegen. Der Verkörperung dieser Führungsfigur, Wladimir Putin, wächst aus dieser Rolle erhebliche Macht zu. Da es aber keine politische Organisation gibt, die »Macht« und »Volk« verbindet, muss der Präsident für die Steuerung der Gesellschaft neben den Medien vor allem auf seine Verwaltung setzen – die zentralen und regionalen Apparate. Die Sicherheitsapparate – Innenministerium, Generalstaatsanwaltschaft, Strafermittlungs Komitee, Inlandsgeheimdienst usw. – spielen dabei eine besondere Rolle, eine Rolle, die in dem Maße wachsen wird, in dem das Unbehagen in der Gesellschaft sich zu politischem Widerstand entwickelt. Die »Machtvertikale« – die bürokratische Pyramide, die die Kontrolle der Gesellschaft garantieren soll – hat die schwierige Aufgabe, die Signale aus der Bevölkerung zu empfangen und in Reaktion darauf eine adäquate Politik zu formulieren und umzusetzen. Da die einzelnen Institutionen und Apparate innerhalb der »Machtvertikale« in hohem Maße Eigeninteressen verfolgen, ist keineswegs gesichert, dass die politische Praxis dem Willen des Präsidenten oder den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht.

Die Justierung der Machtvertikale

In einer Situation, in der in der Perspektive eine Verschärfung der sozialen Konflikte nicht ausgeschlossen ist, ist es nur folgerichtig, die »Machtvertikale« neu zu kalibrieren. Dass dies im Moment geschieht, lässt sich an den Personalumbesetzungen erkennen, die in den letzten Monaten vorgenommen wurden und die noch zu erwarten sind.

Bei den Personalveränderungen kann man grob vier Felder unterscheiden. In einer Reihe von Fällen geht es um die Beseitigung von Schwachstellen im Apparat. Die Ablösung des Ministers für Bildung und Wissenschaft, Dmitrij Liwanow (19. August), war Ergebnis seiner schwachen Leistung und seines geringen Ansehens in der Öffentlichkeit. Der Präsidentialbevollmächtigte für die Rechte der Kinder, Pawel Astachow (9. September), hatte sich durch sein taktloses Auftreten nach dem Tod mehrerer Jugendlicher auf einer Kanutour untragbar gemacht. Die Nachrückerinnen – Olga Wasiljewa im Bildungsministerium und Anna Kusnezowa als

Ombudsfrau für Kinderrechte – stechen beide durch ihre konservative Einstellung und ihre Nähe zur Russischen Orthodoxen Kirche hervor.

Das zweite große Feld ist die Nachjustierung der Regionalapparate. Daran arbeitet die Präsidentialadministration seit langem. Im Vorfeld der Dumawahlen wurde diese Arbeit noch intensiviert. U. a. wurde die Regierung der Republik Komi wegen Korruption abgesetzt (März 2016), auch der Gouverneur des Gebiets Kirow, Nikolaj Belych, wurde entlassen und in Untersuchungshaft genommen (Juni 2016). Dieser Fall ist deshalb signifikant, weil Belych der einzige Gouverneur war, der dem liberalen Lager entstammt. Mit seiner Absetzung zerschneidet die »Macht« das Tischtuch zwischen sich und der liberalen Politik. Im Juli folgte eine ganze Reihe von Umbesetzungen an der Spitze von Föderalbezirken und Regionsverwaltungen, in deren Verlauf auch eine Reihe von *siloviki* – Angehörige der »Machtapparate« (d. h. Geheimdienste, Polizei und Strafverfolgungsorganen) aufrückten. Bei allen diesen Umsetzungen ging es offenbar um die Straffung der Regionalverwaltungen, ihre bessere Anbindung an das Zentrum und die Eliminierung von Politikern, die von der Führung als störend empfunden wurden. Die Durchgriffsmöglichkeiten der Zentralverwaltung in die Regionen hinein sollte damit verbessert werden.

Der dritte Bereich bezieht sich auf die Verschiebungen in den »Machtapparaten« selbst. Im August wurden eine Reihe von hochrangigen Mitarbeitern des Innenministeriums (MWD) und des Strafermittlungs Komitees (SK) abgelöst und wegen Korruption verhaftet. Über den Hintergrund dieser Vorgänge ist nichts Verlässliches bekannt. Es könnte sich um den Versuch der Führung handeln, die Sicherheitsapparate unter Kontrolle zu halten und effizienter zu machen, es könnte auch um Konflikte zwischen den verschiedenen Sicherheitsapparaten gehen. Gerüchte um die baldige Ablösung Alexander Bastrykins, des Leiters des Strafermittlungs Komitees, und Meldungen über Absichten, alle Dienste in einem neuen Sicherheitsministerium zusammenzufassen, deuten darauf hin, dass diese Prozesse noch nicht abgeschlossen sind. Die Ernennung des bisherigen Dumavorsitzenden, Sergej Naryschkin, zum Chef des Auslandsgeheimdienstes SWR (September 2016), wäre ein Indiz, das gegen die Schaffung eines umfassenden Geheimdienstministeriums spricht – es sei denn, Naryschkin wäre als dessen Minister vorgesehen.

Das vierte Feld sind die Umsetzungen im engeren Führungsbereich (vgl. dazu auch den Beitrag von Fabian Burkhardt, S. 13–19, und die »Notizen« von Jens Siegert, S. 22–25). Der Präsident tauschte Sergej Iwanow, den Leiter der Präsidentialadministration, und Wjatscheslaw Wolodin, dessen Ersten Stellvertreter aus (12. August

2016). Auch der Stellvertretende Leiter der Abteilung Innenpolitik der Präsidentialadministration, Radij Chabirov, verließ die Behörde. Iwanow galt als enger Freund Putins mit Geheimdiensthintergrund, er war Sekretär des Sicherheitsrates und Verteidigungsminister gewesen. Sein Eintritt in die Präsidentialadministration im Dezember 2011 fiel zeitlich zusammen mit dem vaterländischen Schwenk der russischen Innenpolitik, der Mobilisierung patriotischer und antiwestlicher Stimmungen. Wolodin und Chabirov waren für die Kontrolle der Parteien und des Parlaments zuständig. Alle drei waren maßgeblich für die patriotische Stabilisierung in Russland verantwortlich, die eng mit der aggressiven, militarisierten Außenpolitik der letzten Jahre verbunden war. Soweit man erkennen kann, ist ihre Ablösung bzw. Versetzung aber offenbar nicht mit einer Neuorientierung in der Innen- oder Außenpolitik verbunden. Iwanows Ablösung fiel zeitlich mit einem eigenartigen Vorfall auf der Krim zusammen, bei dem angeblich ukrainische Diversanten russische Sicherheitskräfte angegriffen hatten. Nach Iwanows Rückzug verschwand diese Affäre rasch wieder aus den Medien. Ob zwischen dieser Aktion und Iwanows Ablösung ein Zusammenhang besteht, ist nicht bekannt.

Die Positionen Iwanows und Wolodins wurden mit Anton Wajno, einem der Stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration, und Sergej Kirijenko, zuletzt Generaldirektor des Staatskonzerns »Rosatom« besetzt. Beide gelten als fähige Manager, sind aber bisher nicht mit eigenen politischen Positionen hervorgetreten. Eine solche Personalentscheidung könnte darauf hindeuten, dass sich der Präsident stark genug fühlt, die Richtlinien der Politik selbst zu bestimmen – ohne die Einrede alter Freunde –, dass er aber den Apparat stärken und effizienter machen will.

Die Hintergründe dieser Personalentscheidungen bleiben letztlich im Dunkeln, aber zumindest zwei Dinge fallen ins Auge: Zum einen werden die traditionellen Gepflogenheiten eingehalten. Wie es in der Putinschen Führungselite üblich ist, werden die abgelösten Elitemitglieder, wenn sie keine andere wichtige Funktion erhalten (wie im Falle Wolodin oder Naryschkin), ehrenvoll abgefunden, indem man repräsentative Funktionen für sie schafft, die ihnen auch einen angemessenen Lebensstandard sichern. Keiner fällt ins Leere.

Zum anderen gibt es keine Personalveränderungen in den Streitkräften oder in der Außen- und Sicherheitspolitik und keine in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die Streitkräfte müssen derzeit auf zwei Kriegsschau-

plätzen – Syrien und Ukraine – Kampfhandlungen organisieren, die Finanz- und Wirtschaftspolitiker kämpfen mit der aktuellen Krise. Offenbar sieht der Führungszirkel keine Notwendigkeit in diesen Bereichen korrigierend einzugreifen.

Auf dem Weg zu den Präsidentenwahlen

Die Dumawahlen im September 2016 haben gezeigt, dass die »Machtvertikale« funktioniert und die Führung den politischen Prozess im Lande unter Kontrolle hat. Eine ernstzunehmende Opposition gibt es derzeit nicht. Die oppositionellen Gruppierungen sind zerstritten und haben keine überzeugende Strategie formuliert. Organisationen wie »Memorial« oder das »Lewada-Zentrum«, die national und international hohes moralisches Ansehen genießen bzw. über wissenschaftliche Reputation verfügen, werden delegitimiert, indem man sie mit dem Etikett »Ausländischer Agent« versieht. Vonseiten der Opposition oder NGOs droht also keine Gefahr.

Allerdings sind die Finanz- und Wirtschaftsprobleme ungelöst. Die russische Volkswirtschaft hängt nach wie vor vom Export fossiler Energieträger ab. Eine international konkurrenzfähige verarbeitende Industrie ist nicht vorhanden. Wissenschaftlich und technologisch ist Russland derzeit international kein ernstzunehmender Wettbewerber. Die wirtschaftspolitischen Hauptaufgaben – die Reform der Institutionen, die Gewinnung von Investitionen, der Ausbau der Infrastruktur, und eine Belebung der Innovationskraft – sind bisher nicht gelöst. Dementsprechend kann die Führung der Bevölkerung auf lange Sicht die soziale Stabilität nicht garantieren. Schon jetzt sinken die Reallöhne und ist das Rentenniveau nicht gesichert.

In dieser Situation, in der die Administration den politischen Prozess kontrolliert, aber befürchtet, dass die ökonomischen und sozialen Probleme Überhand nehmen, beginnt das Putinsche Zentrum den Apparat umzubauen. Eine neue Elitengeneration rückt nach, die erste Generation der Putinschen Oligarchen und Bürokraten zieht sich zurück. Ob es gelingt, in der neuen Führungskohorte wieder einen ähnlichen Elitenkonsens auszuhandeln, wie es in den ersten Amtszeiten Putins der Fall war, ist abzuwarten. Und ob die neue Elitenkohorte von der Bevölkerung genauso akzeptiert wird wie die alte, hängt sicher auch davon ab, ob es gelingt, Lebensstandard und soziale Leistungen langfristig zu sichern.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

Lesetipps

- Balzer, Harley: Russia's Knowledge Economy Decline: Views From Inside. The Jamestown Foundation: Project Russia in Decline; <http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=45761&tx_ttnews%5BbackPid%5D=835&cHash=7a88ba30e61da0b7d6073c4dfa6a7850, 27. September 2016>.
- Kolesnikov, Andrei; Boris Makarenko: Another Rubber Stamp Duma?, Carnegie Moscow Center, September 2016; <http://carnegieendowment.org/files/Article_Kolesnikov_Makarenkov2016_Eng_web.pdf, 9. September 2016>.
- OSCE Office for Democratic Institutions and Human Rights. International Election Observation Mission: Russian Federation – State Duma Elections, 18 September 2016. Statement of Preliminary Findings and Conclusions. Preliminary Conclusions; <<http://www.oscepa.org/documents/all-documents/election-observation/election-observation-statements/russian-federation/statements-19/3400-2016-parliamentary/file>, 20. September 2016>.
- Petrov, Nikolay: Putin's downfall: The coming crisis of the Russian regime. The European Council on Foreign Relations (ECFR). Essay, April 2016; <http://ecfr.eu/page/-/ECFR_166_PUTINS_DOWNFALL.pdf, 19. April 2016>.
- Sungurov, Alexander: Russia in Decline: Possible Scenarios. The Jamestown Foundation: Project Russia in Decline; <http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=45788&tx_ttnews%5BbackPid%5D=835&cHash=17a28f05886aa4b357c7e777a850a750, 27. September 2016>.

TABELLEN ZUM TEXT

Wahlbeteiligung

Tabelle 1: Wahlbeteiligung und Stimmenanteil der Partei »Einiges Russland« bei den Duma-wahlen am 18. September 2016 (Wahlbezirke)

(sortiert nach der Höhe der Wahlbeteiligung; jeweils die 20 Wahlkreise mit der höchsten und mit der niedrigsten Wahlbeteiligung)

Regionale Zuordnung des Wahlbezirks	Wahlbezirk Nr.	Wahlbeteiligung	Einiges Russland (ER)	Anteil der ER-Wähler an den Wahlberechtigten
Republik Tschetschenien	36	94,92 %	96,29 %	91,40 %
Republik Karatschajewo-Tscherkessien	16	93,32 %	81,67 %	76,21 %
Republik Tatarstan	28	91,30 %	89,91 %	82,08 %
Republik Kabardino-Balkarien	14	90,11 %	77,71 %	70,02 %
Republik Dagestan	11	89,89 %	89,39 %	80,36 %
Republik Tuwa	32	89,73 %	82,61 %	74,13 %
Gebiet Kemerowo	102	89,52 %	78,49 %	70,27 %
Gebiet Kemerowo	103	89,44 %	79,72 %	71,30 %
Republik Dagestan	10	89,29 %	87,63 %	78,24 %
Republik Tatarstan	30	88,55 %	87,09 %	77,12 %

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

**Tabelle 1: Wahlbeteiligung und Stimmenanteil der Partei »Einiges Russland« bei den Duma-
wahlen am 18. September 2016 (Wahlbezirke) (Fortsetzung)**

(sortiert nach der Höhe der Wahlbeteiligung; jeweils die 20 Wahlkreise mit der höchsten und mit der niedrigsten Wahlbeteiligung)

Republik Tatarstan	29	86,70 %	84,23 %	73,03 %
Republik Nordossetien	25	85,59 %	67,09 %	57,42 %
Gebiet Kaluga	101	85,22 %	77,67 %	66,19 %
Republik Dagestan	12	85,11 %	89,56 %	76,23 %
Republik Mordwinien	23	82,96 %	84,36 %	69,99 %
Gebiet Kemerowo	104	82,85 %	73,35 %	60,77 %
Republik Inguschetien	13	81,42 %	72,41 %	58,96 %
Gebiet Tjumen	186	81,33 %	57,60 %	46,85 %
Republik Tatarstan	27	81,22 %	85,75 %	69,65 %
Gebiet Tjumen	185	80,88 %	59,12 %	47,82 %
Russländische Föderation		47,82 %	54,20 %	25,92 %
Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	223	34,19 %	42,42 %	14,50 %
Stadt Moskau	210	34,06 %	41,30 %	14,06 %
Stadt Sankt Petersburg	213	34,04 %	40,38 %	13,74 %
Gebiet Tomsk	181	34,00 %	37,45 %	12,73 %
Stadt Moskau	203	33,85 %	43,49 %	14,72 %
Stadt Moskau	197	33,74 %	35,44 %	11,96 %
Stadt Moskau	200	33,72 %	37,27 %	12,57 %
Gebiet Tomsk	182	33,64 %	43,97 %	14,79 %
Stadt Moskau	199	33,62 %	39,95 %	13,43 %
Gebiet Irkutsk	94	33,61 %	41,88 %	14,08 %
Stadt Sankt Petersburg	216	33,60 %	40,21 %	13,51 %
Stadt Sankt Petersburg	214	33,34 %	39,53 %	13,18 %
Stadt Sankt Petersburg	212	33,05 %	40,38 %	13,35 %
Stadt Sankt Petersburg	215	32,55 %	37,54 %	12,22 %
Bezirk Perm	61	32,27 %	44,30 %	14,30 %
Gebiet Irkutsk	96	32,10 %	36,19 %	11,62 %
Stadt Sankt Petersburg	218	32,01 %	39,29 %	12,58 %
Gebiet Nowosibirsk	138	31,88 %	39,40 %	12,56 %
Stadt Sankt Petersburg	211	30,71 %	40,23 %	12,35 %
Stadt Sankt Petersburg	217	30,60 %	40,21 %	12,30 %

Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100067795854&vrn=100100067795849®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=0&vibid=100100067795854&type=233, 23. September 2016>.

Tabelle 2: Entwicklung der Wahlbeteiligung im Laufe des Wahltags (Föderationssubjekte)

Föderationssubjekt	Gemeldete Wahlbeteiligung im Tagesverlauf und Endergebnis				
	10.00	12.00	15.00	18.00	Endergebnis
Republik Tschetschenien	17,9 %	45,3 %	67,4 %	83,8 %	94,9 %
Republik Karatschajewo-Tscherkessien	19,4 %	42,0 %	61,0 %	80,5 %	93,3 %
Republik Kabardino-Balkarien	12,3 %	31,8 %	58,0 %	79,8 %	90,1 %
Republik Tuwa	21,7 %	36,3 %	53,2 %	67,9 %	90,1 %
Republik Dagestan	10,1 %	24,6 %	46,8 %	68,8 %	88,1 %
Gebiet Kemerowo	14,5 %	36,2 %	60,8 %	79,0 %	86,8 %
Republik Nordossetien	8,8 %	27,6 %	50,5 %	70,3 %	85,6 %
Republik Mordwinien	10,2 %	28,3 %	50,0 %	67,2 %	83,0 %
Republik Inguschetien	11,1 %	28,2 %	58,2 %	71,8 %	81,4 %
Gebiet Tjumen	13,6 %	36,9 %	57,9 %	74,3 %	81,1 %
Republik Tatarstan	15,1 %	34,9 %	54,9 %	69,4 %	78,8 %
Autonomer Bezirk der Jamal-Nenzen	16,4 %	31,8 %	54,1 %	66,9 %	74,4 %
Republik Baschkortostan	7,4 %	21,6 %	39,1 %	53,2 %	69,8 %
Gebiet Saratow	7,8 %	21,7 %	40,1 %	53,1 %	64,5 %
Autonomer Bezirk der Tschuktschen	19,1 %	33,2 %	48,4 %	59,4 %	64,5 %
Gebiet Belgorod	8,9 %	24,5 %	43,1 %	54,7 %	62,2 %
Gebiet Pensa	9,3 %	25,3 %	41,6 %	52,7 %	60,6 %
Republik Tschuwaschien	11,9 %	26,9 %	41,7 %	51,9 %	59,4 %
Republik Kalmykien	11,8 %	27,3 %	39,6 %	49,9 %	57,5 %
Gebiet Brjansk	6,5 %	18,9 %	34,0 %	45,6 %	55,1 %
Republik Adygeja	7,0 %	17,4 %	31,5 %	41,5 %	53,9 %
Gebiet Woronesch	6,0 %	17,0 %	28,0 %	43,7 %	53,8 %
Gebiet Orjol	6,5 %	19,1 %	34,7 %	45,0 %	53,6 %
Republik Mari El	11,8 %	25,0 %	37,4 %	46,7 %	53,4 %
Gebiet Samara	7,2 %	20,5 %	35,2 %	44,8 %	52,9 %
Gebiet Lipezk	6,1 %	17,6 %	32,1 %	43,4 %	52,6 %
Gebiet Uljanowsk	7,3 %	19,3 %	35,0 %	44,7 %	52,4 %
Bezirk Krasnodar	6,5 %	17,7 %	31,2 %	41,6 %	51,2 %
Gebiet Tambow	6,4 %	17,1 %	29,4 %	38,4 %	49,3 %
Republik Krim	8,7 %	21,7 %	33,7 %	42,4 %	49,1 %
Gebiet Rostow	5,7 %	16,6 %	29,7 %	39,5 %	48,2 %
Republik Sacha (Jakutien)	7,2 %	19,0 %	32,9 %	42,2 %	48,1 %
Russländische Föderation	6,2 %	17,1 %	30,6 %	40,4 %	47,9 %
Gebiet Kursk	5,6 %	14,9 %	28,9 %	39,0 %	47,0 %
Stadt Sewastopol	8,1 %	20,2 %	32,4 %	40,3 %	47,0 %
Gebiet Tula	5,4 %	16,3 %	30,1 %	39,3 %	45,6 %
Republik Altai	10,1 %	23,0 %	33,0 %	39,6 %	45,1 %

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 2: Entwicklung der Wahlbeteiligung im Laufe des Wahltags (Föderationssubjekte)

Föderationssubjekt	Gemeldete Wahlbeteiligung im Tagesverlauf und Endergebnis				
	10.00	12.00	15.00	18.00	Endergebnis
Autonomer Bezirk der Nenzen	15,6 %	23,2 %	33,7 %	40,7 %	44,8 %
Republik Udmurtien	6,9 %	18,4 %	30,5 %	38,4 %	44,5 %
Gebiet Nischni Nowgorod	4,8 %	14,0 %	26,4 %	35,9 %	44,5 %
Gebiet Tscheljabinsk	5,0 %	15,8 %	30,1 %	38,7 %	44,4 %
Gebiet Kaliningrad	5,8 %	16,3 %	28,7 %	36,8 %	44,1 %
Gebiet Leningrad	3,7 %	11,8 %	25,8 %	35,9 %	44,1 %
Gebiet Rjasan	5,5 %	15,6 %	28,1 %	36,5 %	43,3 %
Gebiet Kaluga	6,5 %	17,7 %	30,3 %	38,3 %	43,1 %
Gebiet Amur	7,8 %	19,5 %	30,6 %	37,3 %	42,5 %
Gebiet Wolgograd	7,9 %	19,1 %	30,2 %	37,5 %	42,2 %
Bezirk Stawropol	5,0 %	15,4 %	26,1 %	33,7 %	42,1 %
Gebiet Pskow	4,6 %	14,2 %	26,9 %	36,2 %	42,1 %
Gebiet Kirow	6,1 %	16,0 %	28,0 %	36,7 %	41,9 %
Gebiet Kurgan	6,6 %	18,1 %	30,1 %	37,4 %	41,8 %
Gebiet Orenburg	4,3 %	15,1 %	28,5 %	36,5 %	41,7 %
Gebiet Twer	3,4 %	11,8 %	25,1 %	34,4 %	41,6 %
Gebiet Swerdlowsk	4,9 %	15,0 %	27,9 %	36,0 %	41,5 %
Gebiet Wologda	4,7 %	13,6 %	25,3 %	34,1 %	40,9 %
Republik Komi	6,1 %	16,4 %	28,8 %	35,9 %	40,8 %
Bezirk Altai	6,5 %	18,3 %	29,2 %	35,6 %	40,8 %
Gebiet Magadan	6,6 %	13,8 %	27,4 %	35,0 %	40,6 %
Republik Burjatien	8,3 %	18,7 %	28,5 %	35,3 %	40,5 %
Gebiet Smolensk	4,7 %	14,4 %	26,5 %	34,2 %	40,4 %
Gebiet Nowgorod	4,9 %	14,6 %	26,6 %	34,7 %	39,9 %
Gebiet Murmansk	5,0 %	13,6 %	27,2 %	35,3 %	39,7 %
Republik Karelien	2,1 %	10,8 %	24,1 %	31,8 %	39,6 %
Jüdisches Autonomes Gebiet	6,2 %	16,5 %	27,4 %	34,8 %	39,6 %
Bezirk Kamtschatka	6,5 %	14,3 %	26,6 %	34,4 %	39,5 %
Republik Chakassien	4,8 %	15,2 %	27,4 %	34,2 %	39,4 %
Gebiet Kostroma	5,7 %	15,9 %	27,7 %	35,5 %	39,4 %
Autonomer Bezirk der Chanten und Mansen	5,7 %	14,8 %	23,8 %	34,1 %	39,3 %
Transbajkalbezirk	5,9 %	15,5 %	26,2 %	32,7 %	38,9 %
Gebiet Omsk	5,3 %	16,4 %	27,8 %	34,3 %	38,7 %
Gebiet Iwanowo	4,5 %	13,3 %	24,3 %	32,4 %	38,5 %
Gebiet Wladimir	5,1 %	15,0 %	26,3 %	33,9 %	38,4 %
Gebiet Moskau	3,5 %	10,6 %	21,7 %	31,0 %	38,2 %

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 2: Entwicklung der Wahlbeteiligung im Laufe des Wahltags (Föderationssubjekte)

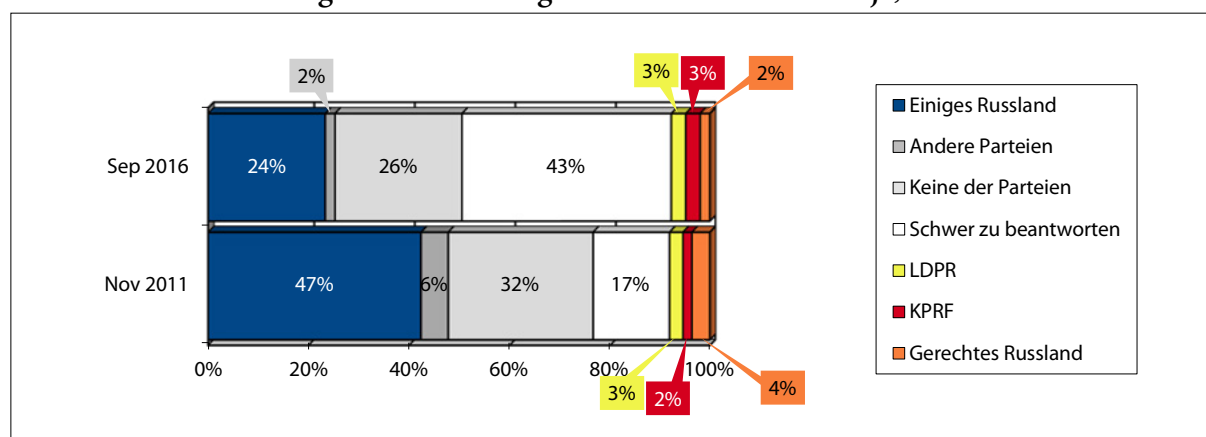
Föderationssubjekt	Gemeldete Wahlbeteiligung im Tagesverlauf und Endergebnis				
	10.00	12.00	15.00	18.00	Endergebnis
Gebiet Jaroslawl	4,3 %	13,2 %	25,1 %	33,0 %	37,8 %
Bezirk Primorje	6,1 %	15,0 %	25,5 %	32,5 %	37,4 %
Gebiet Sachalin	6,6 %	16,7 %	26,8 %	32,5 %	37,1 %
Gebiet Astrachan	5,3 %	14,8 %	24,2 %	31,1 %	37,0 %
Bezirk Chabarowsk	6,1 %	15,9 %	26,5 %	32,9 %	36,9 %
Bezirk Krasnojarsk	4,9 %	13,9 %	24,7 %	31,7 %	36,7 %
Gebiet Archangelsk	4,3 %	12,7 %	24,3 %	31,7 %	36,6 %
Stadt Moskau	2,8 %	8,4 %	19,9 %	28,7 %	35,3 %
Bezirk Perm	3,5 %	10,7 %	22,0 %	29,7 %	35,2 %
Gebiet Nowosibirsk	3,3 %	11,6 %	22,5 %	29,4 %	34,9 %
Gebiet Irkutsk	4,1 %	11,9 %	21,9 %	28,9 %	34,7 %
Gebiet Tomsk	3,6 %	12,1 %	22,7 %	29,1 %	33,9 %
Stadt Sankt Petersburg	1,6 %	6,1 %	16,7 %	25,6 %	32,7 %

Quelle: Angaben der Zentralen Wahlkommission und des KGI (Endergebnis nach Regionen) <http://www.vybory.izbirkom.ru/region/region/izbirkom?action=show&root=1&tvd=100100067795854&vrn=100100067795849®ion=0&global=1&sub_region=0&prver=0&pronetvd=0&vibid=100100067795854&type=453, 20.9.2016; <https://komitetgi.ru/upload/iblock/036/036c5fc3d1cb7f572dc0ed92965b0cda.doc>, 29. September 2016>

UMFRAGE

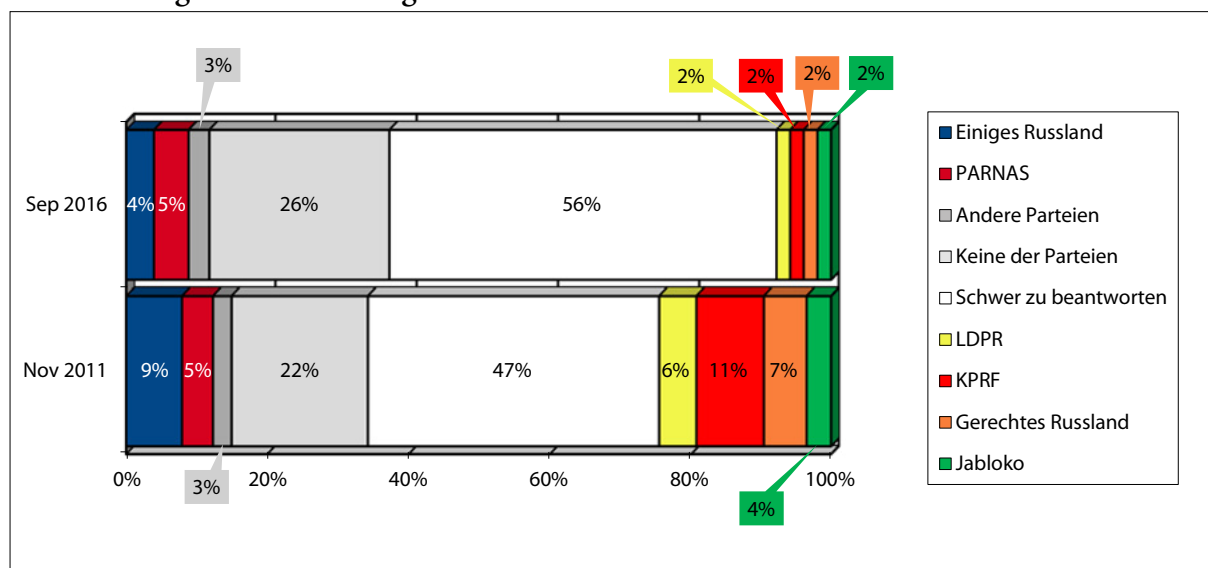
Fairness bei den Dumawahlen

Grafik 1: Was denken Sie, haben alle Parteien und Blöcke die gleichen Möglichkeiten der Wahlwerbung oder haben einige Parteien Vorteile? Falls ja, welche?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 9.–12. September 2016, <<http://www.levada.ru/2016/09/22/predvybornaya-agitat-siya-i-zloupotrebleniya/>>, 23. September 2016

Grafik 2: Welche der Parteien wird bei diesen Wahlen besonders stark durch unfaire Technologien unter Druck gesetzt?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 9.–12. September 2016, <<http://www.levada.ru/2016/09/22/predvybornaya-agitatsiya-i-zloupotrebleniya/>>, 23. September 2016

Alltagsorgen der Russen

Tabelle 3: Welche der folgenden Probleme beunruhigen Sie am meisten? (Mehrere Antworten möglich)

	Juli 2001	Juli 2007	Juni 2008	August 2010	August 2013	August 2014	August 2015	August 2016
Preisanstieg	66 %	64 %	82 %	72 %	69 %	71 %	78 %	72 %
Armut, Verarmung der Bevölkerungsmehrheit	59 %	52 %	45 %	51 %	55 %	40 %	42 %	47 %
Anstieg der Arbeitslosigkeit	34 %	30 %	25 %	38 %	36 %	26 %	36 %	37 %
Korruption, Bestechung	23 %	27 %	27 %	33 %	39 %	26 %	29 %	31 %
Wirtschaftskrise, schlechte Lage von Industrie und Landwirtschaft	30 %	28 %	29 %	36 %	29 %	28 %	32 %	31 %
Starke Spaltung zwischen arm und reich, ungerechte Verteilung der Gehälter	26 %	32 %	35 %	29 %	33 %	30 %	27 %	26 %
Unzugänglichkeit vieler medizinischer Dienstleistungen	25 %	32 %	31 %	26 %	23 %	23 %	20 %	22 %
Krise der Moral, der Kultur und Sittlichkeit	24 %	28 %	26 %	28 %	30 %	18 %	17 %	16 %

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 3: Welche der folgenden Probleme beunruhigen Sie am meisten? (Mehrere Antworten möglich) (Fortsetzung)

	Juli 2001	Juli 2007	Juni 2008	August 2010	August 2013	August 2014	August 2015	August 2016
Anstieg der Gebühren, kein Zugang zu Bildung	26 %	26 %	26 %	20 %	20 %	16 %	14 %	16 %
Fall des Rubelkurses/Inflation	-	-	-	-	-	-	27 %	15 %
Anstieg der Drogenabhängigkeit	37 %	25 %	29 %	32 %	22 %	14 %	15 %	14 %
Übermächtiger Einfluss/Willkür der Beamten	-	9 %	10 %	18 %	14 %	12 %	10 %	11 %
Zustrom von Fremden, Migranten	-	9 %	12 %	11 %	27 %	24 %	11 %	11 %
Verschlechterung der Umwelt	-	22 %	23 %	31 %	19 %	14 %	13 %	11 %
Krieg im Osten der Ukraine	-	-	-	-	-	-	22 %	11 %
Schwäche der staatlichen Macht	11 %	9 %	9 %	13 %	9 %	6 %	6 %	9 %
Anstieg der Straftaten	41 %	28 %	27 %	21 %	15 %	8 %	9 %	8 %
Bedrohung von Terrorismus in der Region, in der man lebt	11 %	6 %	4 %	10 %	5 %	6 %	5 %	8 %
Sanktionen des Westens gegen Russland	-	-	-	-	-	-	12 %	7 %
Zahlungsverzug von Gehältern, Renten, Zuwendungen etc.	9 %	3 %	4 %	5 %	3 %	4 %	5 %	6 %
Unmöglichkeit Recht im Gericht zu erlangen	-	8 %	7 %	9 %	7 %	6 %	6 %	6 %
Anstieg von Nationalismus, Verschlechterung der interethnischen Beziehungen	8 %	7 %	5 %	6 %	10 %	11 %	6 %	6 %
Grobheit, Gewalt der Mitarbeiter der Miliz	-	9 %	9 %	12 %	5 %	5 %	5 %	5 %
Einschränkung der Bürgerrechte, demokratischer Freiheiten (Rede-, Pressefreiheit)	2 %	1 %	2 %	4 %	3 %	3 %	3 %	3 %
Etwas Anderes	1 %	2 %	3 %	2 %	2 %	2 %	2 %	2 %
Schwer zu beantworten	1 %	3 %	1 %	2 %	2 %	3 %	1 %	2 %

Quelle: Umfragen des Levada-Zentrums, zuletzt vom 25.–29. August 2016 <<http://www.levada.ru/2016/09/15/naibolee-trevozhashhie-problemy-2/>, 16. September 2016>

Ordnung der Macht

Die Generation Anton Wainos und Russlands techno-bürokratischer Autoritarismus

Fabian Burkhardt, München

Zusammenfassung

Der Aufstieg Anton Wainos zum Leiter der Präsidialverwaltung (PV) steht stellvertretend für einen graduellen Generationswandel in Spitzenämtern der Staatsverwaltung. In den 2000er Jahren wurde durch die Präsidialverwaltung eine Art »Nomenklatura lite« aufgebaut, durch die Nachwuchs gesichtet und gefördert wird. Neben meritokratischen Elementen sind vor allem persönliche Verbindungen und Patronagebeziehungen entscheidend für Zugang zur Kaderreserve und Beförderung. Mit der graduellen Verjüngung durch Kaderwechsel reproduziert sich die derzeitige Ordnung der Macht, die techno-bürokratische und klepto-neopatrimoniale Elemente verbindet.

Waino und Regimereproduktion

Am 12. August 2016 löste der 1972 im sowjetischen Tallinn geborene Anton Waino Sergej Iwanow (geb. 1953) als Leiter der Präsidialverwaltung (PV) ab, eine Position, die hinsichtlich des »administrativen Gewichts« mit der des Premierministers vergleichbar ist, und deren Amtsinhaber in Meinungs- und Expertenbefragungen regelmäßig zu den einflussreichsten Politikern gezählt werden. In seiner bisherigen Position als stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung, zuständig für das Protokoll, war Waino nur selten öffentlich in Erscheinung getreten. Iwanows Ablösung entspricht hinsichtlich der Amtsdauer und zeitlichen Nähe zu den Wahlen eher der Regel im postsowjetischen Russland. Waino gehört aber einer neuen, in den 1960–1980er Jahren geborenen Generation von Technokraten an, die nun allmählich zentrale Positionen in der zivilen Staatsverwaltung einnehmen. Der Fall Waino erlaubt es, Rückschlüsse auf die Funktionsweise und Resilienz des Autoritarismus in der Russischen Föderation zu ziehen, der techno-bürokratische und klepto-neopatrimoniale Elemente verbindet.

Kaderreserven in der russischen Staatsverwaltung

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion endete auch das bürokratische Führungsmanagementsystem der KPdSU, besser bekannt als »Nomenklatura«. In der Sowjetunion führte die Partei Listen (lat. *nomenclatura*: »Namensverzeichnis«, »Liste«) mit hochrangigen Positionen in Partei und Staat, die nur mit Zustimmung der zuständigen Komitees besetzt werden durften. Ebenfalls wurden Listen und Dossiers der Personen angelegt, die für solche Führungspositionen zur Verfügung standen bzw. gefördert wurden; in den 1980er Jahren liegen die Schätzungen bei ca. 3 Millionen Nomenklatura-Posten. In der späten Perestrojka verlor die Partei erst ihre führende Rolle und wurde dann von Jelzin per Präsidialerlass verboten, womit auch das über Jahr-

zehnte institutionalisierte Nomenklatura-System der Rekrutierung kollabierte.

1997 war in vielerlei Hinsicht ein Wendejahr, in dem sich Ordnungsvorstellungen von einem starken, vertikal organisierten Staat durchzusetzen begannen, die mit dem Amtsantritt Wladimir Putins endgültig die Oberhand gewinnen sollten. Mit dem Präsidialerlass vom 23. Juli 1997 »Über die Förderung von Verwaltungskadern für die russische Volkswirtschaft« sollten Jahrespläne für die Ausbildung von Nachwuchskräften und die Auswahl von Bildungseinrichtungen für deren Fortbildung aufgesetzt und eine verantwortliche Kommission berufen werden. Jedes Jahr sollten 5000 auf Wettbewerbsbasis ausgewählte Spezialisten im In- und Ausland fortgebildet werden. Viele Föderationssubjekte versuchten ähnliche Programme auf regionaler Ebene umzusetzen. Insbesondere der ehemalige Premierminister und seit 05. Oktober amtierende stellvertretende Leiter der Präsidialverwaltung Sergej Kirijenko tat sich in seiner Funktion als Präsidialbevollmächtigter im Föderalbezirk Wolga in den Jahren 2000–2005 durch die Einführung moderner, internetbasierter Rekrutierungsverfahren inklusive Tests und Simulationsspiele hervor, die auch in anderen Regionen nachgeahmt wurden und die Kirijenko später als Vorsitzender der Staatskorporation »Rosatom« ab 2005 einsetzte und propagierte.

So unterhält »Rosatom« eine eigene Akademie, die in Kooperation mit der »École des hautes études commerciales Paris« (HEC Paris) Führungskader in der Atomindustrie ausbildet. In zwei wegweisenden Gesetzen wurde 2003 die Dreigliederung des Staatsdienstes in Zivilverwaltung, Militär und Rechtsschutz sowie das Ämterregister und 2004 in Artikel 64 des Gesetzes über den zivilen Staatsdienst die Formierung einer Kaderreserve beschlossen. Ganz im Sinne des *New Public Management*, welches in der ersten Amtszeit Putins durchaus breit rezipiert wurde, sollte die Aufnahme in die Kaderreserve auf Wettbewerbsbasis (*»na konkursnoj osnovе«*) erfolgen.

Skeptiker wie Aleksandr Obolonskij gehen allerdings davon aus, dass der Wettbewerbsgedanke in der Praxis einfach vergessen würde und sich auf föderaler Ebene eine neue Version der Nomenklatura gebildet habe. In dem unter Protektion des Staatschefs stehenden »präsidientlichen Tausend« will er gar einen Nährboden für eine Art *opritschnina* (Iwan IV. im 16. Jahrhundert) sehen. Die Vertreter der Militarisierungsthese Olga Kryschtanowskaja und Stephen White gehen davon aus, dass mit dem Amtsantritt von Wladimir Putin vor allem die Machtorgane (Militär und Rechtsschutz) als Kaderreserve für die Verwaltung gedient haben. Nach ihren Berechnungen bestand die politische Elite unter Jelzin 1993 zu 11,2 Prozent, unter Putin 2002 zu 25,1 Prozent, 2008 zu 42,3 Prozent und unter Medwedew 2010 zu 20,7 Prozent aus *silowiki*, in den höchsten Ämtern lagen die Prozentzahlen noch höher. Dieser Ansatz wurde aus verschiedenen Gründen kritisiert, vor allem konzeptionell, da nicht abschließend geklärt sei, wie *silowiki* zu definieren sei und mit dem Hinweis, dass die *silowiki* keine homogene Gruppe darstellen. Empirisch, so ein weiterer Einwand, überwiege trotz der großen Anzahl der Staatsdiener in Uniform immer noch ziviles Personal, anstelle einer Militarisierung sei vielmehr eine Bürokratisierung der russischen Verwaltung zu beobachten.

Hinsichtlich des Wettbewerbsgedankens liegen nur wenige empirische Untersuchungen vor. Wladimir Gimpelson, Wladimir Magun und Robert Brym kamen in ihrer Befragung von jungen Zivilbeamten im Alter von bis zu 35 Jahren, die 2001 und 2002 durchgeführt wurde, zu folgendem Ergebnis: Für den Eintritt in den Staatsdienst waren vor allem persönliche Beziehungen und Bekanntschaften förderlich, Patrone wollten so sichergehen, dass neue Angestellte sich vor allem loyal verhalten. Bei der Beförderung innerhalb des Staatsdiensts selbst, so die Autoren, spielen teilweise entgegen der verbreiteten Meinung, auch meritokratische, auf Leistung basierte Kriterien eine Rolle. Diese Mischung aus Loyalität und Leistung mag auch erklären, warum die russische Bürokratie in manchen Bereichen durchaus funktional und ergebnisorientiert wirkt, andererseits aber auch von Korruption durchdrungen ist und sich unfähig zeigt, Patronagepraktiken zugunsten von Effizienzsteigerung zu reduzieren.

2009 wurden schließlich von 172 Experten nach einem Punktesystem 1211 Personen zu Angehörigen der präsidientlichen Kaderreserve bestimmt, aus der dann die Kandidaten für deren Elite, die »Erste Hundertschaft«, stammen. Die Reserve wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert. In der Präsidialverwaltung ist hierfür die Kommission für Staatsdienst und Verwaltungskaderreserve zuständig. Fortbildungsmaßnahmen finden an der Moskauer Präsidialakademie für Volkswirtschaft

und öffentliche Verwaltung (RANChIGS) statt, die der sowjetischen Akademie beim Ministerrat entwachsen ist; auch Auslandspraktika sind vorgesehen.

Der lange Weg des Anton Waino an die Spitze der Präsidialverwaltung

Waino wurde 1973 in der estnischen Sowjetrepublik in einer Nomenklatura-Familie geboren: Sein Großvater Karl Waino war bis zum Ende der Sowjetunion Vorsitzender der estnischen KP. Nach Abschluss der Elitediplomatenschule MGIMO wechselte Anton Waino ins Außenministerium, unter anderem mit Station in der russischen Botschaft in Japan. Im Jahr 2002 gelangte er in die Präsidialverwaltung; entsprechend seines Ausbildungsprofils war er in der Protokollabteilung für die Vorbereitung von Reisen ins Ausland und für diplomatische Kontakte des Präsidenten und der Präsidialverwaltung verantwortlich. 2004 übernahm Waino als stellvertretender Leiter der neu formierten Protokoll- und Organisationsabteilung die Planung sowohl für ausländische als auch innerrussische Treffen und Reisen des Präsidenten. Nach der 2008 vollzogenen »Rochade« von Präsident Putin und Ministerpräsident Medwedjew wechselte Waino mit Putin in den Apparat der Regierung und wurde 2009 in die präsidiale »Erste Hundertschaft« aufgenommen. 2012 kehrte er als stellvertretender Leiter in die Präsidialverwaltung zurück. Insbesondere die Wechsel Präsidialverwaltung – Regierungsapparat – Präsidialverwaltung zeugen davon, dass er besonderes Vertrauen des Präsidenten genoss. Wainos Karriereweg ist insofern bemerkenswert, als dass er eine enge Spezialisierung aufweist und seit 2002 im selben Métier Rang um Rang aufgestiegen ist und mit Protokollarbeit betraut war.

Schleichender Generationenwechsel

Anton Waino war der breiteren Öffentlichkeit wenig geläufig, allerdings hatten ihn russische Analysten schon länger auf dem Radarschirm. In einem Bericht aus dem Jahr 2015 wies der Politikberater Jewgenij Mintschenko darauf hin, dass es innerhalb der russischen Elite eine neue Kohorte von Technokraten gebildet habe. Neben Waino nannte Mintschenko auch Oleg Belosjorow (geb. 1969), der 2015 Wladimir Jakunin (geb. 1948) an der Spitze der Russischen Eisenbahn ablöste und damit einen graduellen Generationenwandel andeutete. Erwähnt wurden des Weiteren Denis Manturow (geb. 1969, Minister für Industrie und Handel) und Aleksandr Nowak (geb. 1971, Minister für Energiewirtschaft). Von Mintschenko nicht genannt, aber ebenfalls Vertreter jener neuen Generation sind Nikolaj Nikiforow (geb. 1982, Minister für Kommunikation), Aleksandr Galuschka (geb. 1975, Entwicklungsminister für den

Fernen Osten), Michail Abyrow (geb. 1972, Minister ohne Geschäftsbereich zuständig für die »Offene Regierung«), Wladimir Tokarew (geb. 1977, Föderale Agentur für Wohnungsbau) oder Ksenija Judajewa (geb. 1970, erste Vizevorsitzende der Zentralbank). Sie alle wurden (mit Ausnahme von Abyrow und Galuschka) 2009 in die »Erste Hundertschaft« berufen und 2012/2013 im Anschluss an die Präsidentschaftswahlen in leitende Funktionen befördert. Galuschka war als Unternehmer über einen der wichtigsten Wirtschaftsverbände »Delowaja Rossija« und die »Allrussische Volksfront« (ONF) ins Ministeramt berufen worden – bisher ein eher seltenes Karrieremuster von Kabinettsmitgliedern.

Dennoch stellen mit der Institutionalisierung des Autoritarismus im Russland der 2000er Jahre Akteure des staatlich, von oben gesteuerten intermediären Raums zwischen Staat und Gesellschaft einen wichtigen Rekrutierungspool dar. Insbesondere in der Abteilung für Innenpolitik (UWP) der Präsidentschaftsverwaltung wird dies deutlich. Der für Innenpolitik zuständige ehemalige stellvertretende Leiter der Präsidentschaftsverwaltung Wjatscheslaw Wolodin (geb. 1964) war – nach einer langen Karriere in der Regionalpolitik (in Saratow) und als Duma-Abgeordneter für »Vaterland – Ganz Russland« und »Einiges Russland« (ER) und in verschiedenen ER-Gremien – im Dezember 2011 in die Präsidentschaftsverwaltung gewechselt und kehrte nach den Wahlen wieder als Vorsitzender in die Duma zurück. Tatjana Woronowa, die Leiterin der UWP (geb. 1975), begann wie Wolodin ihre Karriere in der Regionalpolitik (in Irkutsk); über die »Junge Garde«, die Jugendorganisation von ER, und nach einer Legislaturperiode als ER-Abgeordnete in der Duma wechselte sie 2011 in die UWP, zu deren Leiterin sie 2015 nach dem Ausscheiden des Duma-Veteranen Oleg Morosow (geb. 1953, Abgeordneter 1994–2012) berufen wurde. Der für die Koordination mit der Duma verantwortliche Stellvertreter Woronowas, Radij Chabirow (geb. 1964), wurde ebenfalls ausgetauscht. Sein Nachfolger Sergej Smirnow (geb. 1978) entstammt der Moskauer Lokal- und Jugendpolitik und gelangte über Posten in der staatlichen Jugendbehörde »Rosmolodjosch« und als Leiter des Apparates der Gesellschaftskammer in die UWP.

Kaderpolitik und Restrukturierung der Exekutive aufgrund von verringerter Ressourcenbasis

Das Jahr 2016 sah bisher Kaderveränderungen in – verglichen mit früheren Jahren – größerem Ausmaß und Tempo, die nahezu alle Kernbereiche des russischen Staates betrafen, seien es nun Föderale Bezirke, Ministerien, föderale Dienste und Agenturen, Gouverneure, Staatsunternehmen oder das Militär. Abgelöst wurden

unter anderem auch Schwergewichte mit Vergangenheit im sowjetischen KGB und lange in die Vergangenheit zurückreichender Bekanntheit mit Staatsoberhaupt Putin. Neben den genannten Wladimir Jakunin und Sergej Iwanow seien als weitere Beispiele noch Andrej Beljaninow (geb. 1957) vom Föderalen Zolldienst und Wiktor Iwanow (geb. 1950) vom Föderalen Drogenkontrolldienst genannt.

Eine mögliche und auch weit verbreitete Erklärung dieses Kaderkarussells lässt sich aus der Literatur über *coup proofing* ableiten: Um an der Macht zu bleiben, versuchen Autokraten, die Bildung einer Gegenelite, deren Koordination oder gar einen Putsch durch sie zu verhindern; eine tiefgreifende Rotation von Führungskadern, insbesondere solcher, die als Teil der herrschenden *winning coalition* über längere Perioden wesentliche Bereiche von Staat und Wirtschaft kontrollieren, soll somit vorbeugend wirken. Die Entlassungen von Andrej Beljaninow und Wiktor Iwanow waren für beide demonstrativ schmerzhaft. Beljaninow wurde öffentlichkeitswirksam vor laufender Kamera der Korruption überführt, Iwanows Drogenkontrollbehörde wurde komplett aufgelöst und bei 30 % Verringerung der Angestelltenzahl ins Innenministerium verpflanzt, Iwanow bekam dabei – anders, als sonst üblich – keine Sinekure als Ausgleich.

Was als »Kampf gegen Korruption« und »Reform« von Rechtsschutzorganen deklariert wird, ist vielmehr eine Anpassung des Systems an veränderte Umweltbedingungen, die sich durch langanhaltende wirtschaftliche Stagnation und sinkenden Ölpreis vor allem in den letzten Jahren bemerkbar machten. Damit verändern sich auch die Effizienzanforderungen an neue Kader, während der Prozentsatz der staatlichen und staatlich kontrollierten Finanzströme, die für private Bereicherung zweckentfremdet werden können, ebenfalls abnimmt. Für die institutionellen Veränderungen in der Exekutive bedeutet dies insgesamt eine Kontraktion der Beschäftigtenzahl und Abbau redundanter Funktionen. Am Beispiel des Föderalen Migrationsdienst (FMS) und der Drogenaufsicht (FSKN) wurde dies besonders deutlich: beide wurden ins Innenministerium eingegliedert, unter anderem um die Doppelung der Funktionen konkurrierender Behörden zu verringern. Wie die Grafik (Grafik 3, S. 17) verdeutlicht, expandierte die Beschäftigtenzahl im zivilen Staatsdienst ab 2005 besonders in den Abteilungen der Zentralbehörden in den Föderationssubjekten stark, erreichte 2010 mit 635.400 einen Höchststand und lag 2013 noch bei 552.400. In den Zentralapparaten hielt das Wachstum allerdings an, der Anstieg belief sich hier von 26.400 im Jahr 2004 bis auf 36.600 im Jahr 2013. Ein weiteres Anzeichen für die Kontraktion der Exekutive ist die maximale Anzahl der Beschäftigten, die für die Behörden in Präsidentschafts-

festgesetzt ist. Wie die Tabelle (Tabelle 4, S. 18–19) verdeutlicht, wurden Ende 2015 und im Verlauf des Jahres 2016 für die meisten Exekutivbehörden, die dem Präsidenten unterstellt sind und die – mit Ausnahme der Archivbehörde – dem Bereich Militär, Sicherheit und Rechtsschutz zuzurechnen sind, eine Reduzierung der maximalen Beschäftigtenzahl festgelegt. Für manche Behörden wie das Katastrophenschutzministerium oder die neu gegründete Nationalgarde wird diese Obergrenze zum ersten Mal bestimmt, ansonsten beläuft sich die Verringerung auf etwa 5–10 % im Verteidigungsministerium und beim Militär, auf etwa 10 % im Justizministerium und auf bis zu 30 % im Zuständigkeitsbereich des Innenministeriums. Der Abbau von Personal und gedoppelten Funktionen sind somit die zu berücksichtigenden Umgebungsbedingungen, unter denen die derzeitigen Kaderveränderungen stattfinden.

Technokraten im Neopatrimonialismus

Insbesondere mit Bezug auf die bürokratischen Autokratien in Lateinamerika wurde die Rolle von *técnicos*, mit Expertenwissen ausgestatteten und spezialisierten, aber nicht demokratisch legitimierten Technokraten, und den gewählten *políticos* debattiert. Diese Erkenntnisse erscheinen in einem postsowjetischen Russland relevant, in dem, wie es Eugene Huskey formulierte, Demokratie bürokratisiert und Politik größtenteils als Administration aufgefasst wird. Das wesentliche Merkmal, das – abgesehen von konkurrierenden Staatslenkungsvorstellungen von *silowiki* oder Ideokraten (wie der neuen Bildungsministerin Wasiljewa oder der Kinderombudsfrau Kusnezowa) – im russischen Fall eine potentielle Ausschöpfung von *pockets of efficiency* für junge Technokraten einschränkt, ist die Verschmelzung von Macht (*wlast*) und Eigentum (*sobstwenmost*). Besonders deutlich wird dies auch an Anton Waino: Zum einen gehört er einer Generation an, deren Väter (in den seltensten Fällen Mütter) Schlüsselpositionen in Staat und Wirtschaft innehatten und die nun selbst zentrale Posten übernimmt. Wainos Vater Eduard war schon seit den 1990er Jahren beim Automobilhersteller »Awtowas« tätig und stieg 2009 zum Vizepräsidenten des Konzerns auf. Anton Waino saß seit 2014 in seiner Funktion als stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung im Aufsichtsrat von »Rostec«, einem Konsortium dem u. a. »Awtowas« gehört. Zudem besitzt er in direkter Nachbarschaft zu Sergej Tschemesow (Direktor von Rostec) und Industrie- und Handelsminister Denis Manturow ein Grundstück sowie eine Immobilie im elitären Moskauer Yachtclub Pirogowo.

Sowohl Rostec, Manturows Ministerium also auch das Kommunikationsministerium von Nikolaj Nikiforow (geb. 1982) hatten massiv das sogenannte Jarowaja-Gesetzespaket zur Kontrolle des Internetverkehrs lobby-

iert und setzen sich nun für deren technische Umsetzung mit staatlicher Milliardenförderung für »Rostec« und »Rostelekom« ein. Insofern scheint es nur folgerichtig, dass Sergej Kirijenkos an der Higher School of Economics und in Skolkowo ausgebildeter Sohn Wladimir (geb. 1983) Ende September zum Vizepräsidenten von »Rostelekom« ernannt wurde, bevor Kirijenko Senior am 5. Oktober 2016 die Nachfolge von Wolodin als stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung antrat.

Fazit

Der Aufstieg Anton Wainos zum Leiter der Präsidialverwaltung setzt einen Trend fort, der etwa 2012 mit der Ernennung einer neuen, in den späten 1960er bis frühen 1980 geborenen Kohorte von Technokraten in das Kabinett und andere staatliche Schlüsselpositionen begann und sich 2015 und 2016 unter verschlechterten Wirtschaftsbedingungen fortsetzte. Diese Entwicklung ist auch Folge einer Kaderreservepolitik auf föderaler und regionaler Ebene, deren elitärste Ausprägung die präsidiale »Erste Hundertschaft« ist. Als modernes Funktionsäquivalent des Zentralkomitees der KPdSU schuf die Präsidialverwaltung in den 2000er Jahren eine Art »*Nomenklatura lite*«, durch die spezialisierte Nachwuchskader gesichtet, weitergebildet und in Spitzenpositionen der Staatsverwaltung befördert werden. Insbesondere die durch den Ölpreissturz und wirtschaftliche Stagnation verringerten Staatseinnahmen stellen veränderte Anforderungen – vor allem durch eine effizientere Nutzung von Staatsgeldern – an diese neuen Technokraten und führen zu einem langsamen Stellenabbau und Reduzierung von redundanten Funktionen in der Exekutive. Allerdings bleibt Skepsis angebracht, ob sich eine grundsätzliche Änderung an der derzeitigen Ordnung der Macht ergeben wird, die aus einer Mischung von techno-bürokratischen und klepto-neopatrimonialen Elementen besteht und sich durch institutionalisierte Mechanismen der Kaderpolitik verjüngt und somit reproduziert. Persönliche Beziehungen wie Verwandtschaft und Bekanntschaft sind oft notwendige Voraussetzung für die neue Generation, um Zugang zur Kaderreserve und anderen vertikalen Mobilitätskanälen zu bekommen. Gleichzeitig sorgen »Drehtüren« (*revolving doors*) zwischen Bürokratie und Staatswirtschaft dafür, dass Technokraten als Agenten von Partikularinteressen fungieren. Entscheidend für die weitere Entwicklung des Staatsdienstes und die Eigentumsverhältnisse der derzeit herrschenden Elite wird sein, wann und in welcher Form – durch Elitenkonsens oder Palastrevolte – sich der Generationenwechsel an der Staatsspitze vollziehen wird.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Fabian Burkhardt war Mitarbeiter im Kompetenznetz »Institutionen und institutioneller Wandel im Postsozialismus« und promoviert seit 2013 an der Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien in München über den Wandel der Institution des Präsidenten in der Russischen Föderation.

Lesetipps

- Gimpelson, V., V. Magun, R.J. Brym: Hiring and Promoting Young Civil Servants: Weberian Ideals versus Russian Reality, in: D. Rowney, E. Huskey (Hg.): Russian Bureaucracy and the State. Officialdom From Alexander III to Vladimir Putin, Basingstoke (UK): Palgrave Macmillan UK 2009, S. 231–252.
- Huskey, E.: Elite recruitment and state-society relations in technocratic authoritarian regimes: The Russian case, in: Communist and post-communist studies; 43.2010, Nr. 4, S. 363–372.
- Huskey, E.: Nomenklatura lite? The cadres reserve in Russian public administration, in: Problems of Post-Communism, 51. 2004, Nr. 2, S. 30–39.

Grafik 3: Anzahl der Beschäftigten im zivilen Staatsdienst (in Tausend)

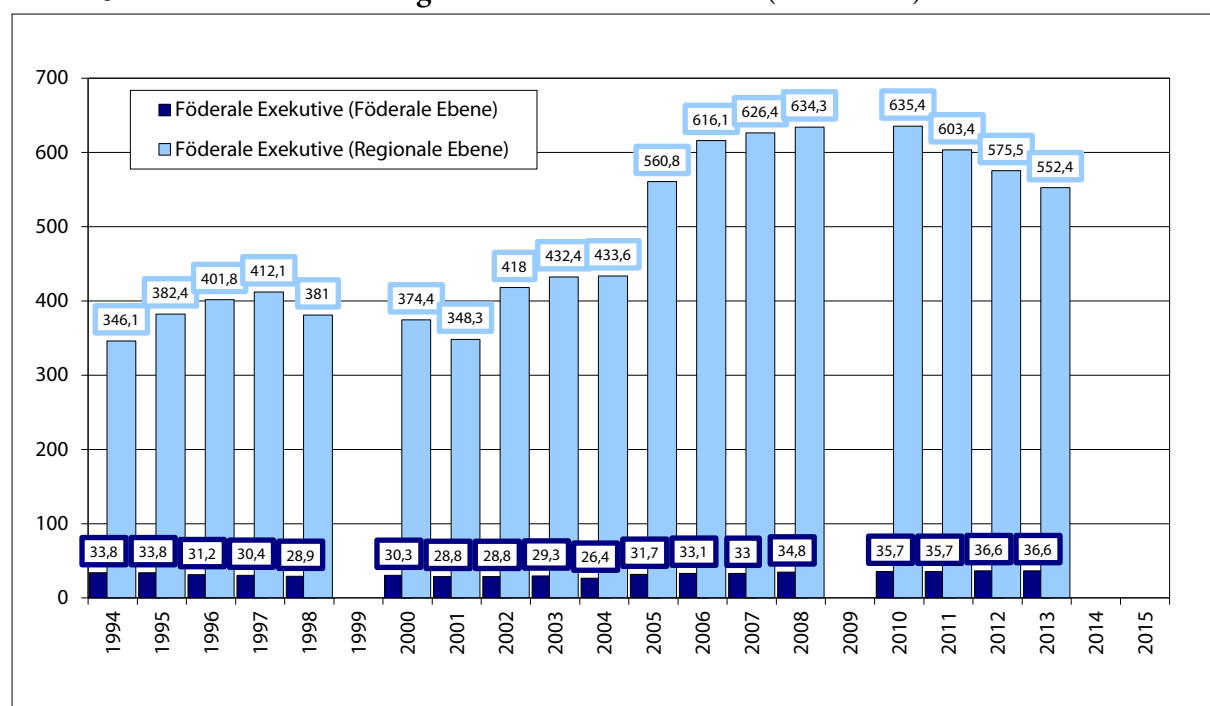


Tabelle 4: Reduzierung der Beschäftigtenzahl im Staatsapparat 2016

Behörde	Kategorie	Unterschied 2016 zum jeweils vorhergehenden Wert (%)	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Verteidigungsministerium	Zentralapparat	95,3			10.350		10.523										11.065	10.540
Streitkräfte	Gesamtkontingent	93,4					2.019.629											1.885.371
Hauptabteilung für Spezialprogramme GUSP	Zentralapparat	90,1			232													209
Föderaler Dienst für Außenhandelszusammenarbeit (FSWTS)	Zentralapparat	90,0			300			350								380	342	
Föderale Agentur für Spezialbau (Spezstroj)	Zentralapparat	90,0			295		320						300					270
Föderaler Dienst für Technik- und Exportkontrolle (FSTEK)	Zentralapparat	90,0			250													225
Innenministerium (MWD)	Zentralapparat	72,5	3.000		2.970								9.264					Jun: 7.475 Sept: 6.714
Föderale Migrationsbehörde (FMS)	Zentralapparat	70,0											37.342					26.139
	Regionalbehörden	84,7					821.172											Jul: 1.067.876 Sept: 904.971
Justizministerium	Zentralapparat	90,0			743												669	
	Regionalbehörden	90,0			3.154												2.839	
Föderaler Dienst für Gerichtsvollzug (FSSP)	Zentralapparat	90,0			215		365				483						615	615
	Regionalbehörden	87,4			44.831		46.231				70.746						75.737	73.544

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Wahlmanipulation ohne Folgen?

Sergey Medvedev, Berlin/Moskau

Die Wahlergebnisse vom 18. September waren vorprogrammiert. Die Empörung der Wahlbeteiligten und Wahlbeobachter über die offiziellen Zahlen der Wahlkommission, die extrem hohe Wahlbeteiligung in den nationalen Republiken und die gewaltigen Schwankungen der Wahlergebnisse bei benachbarten Wahllokalen in den Regionen war dennoch groß. Walerij Iwanow, Kandidat der national-konservativen Partei »Rodina« (dt.: »Heimat«) aus dem Ural, beschwert sich über die Wahlmanipulation und droht den Vertretern des Regimes, er werde es nie vergessen und ihnen nie verzeihen. Fjodor Krascheninnikow, ein Journalist von »Echo Moskwy« aus Jekaterinburg, weist auf die hohen Verluste der parlamentarischen Opposition hin, die sie vor allem auf Grund ihrer »politischen Impotenz« erlitten habe. Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj fordert nach der Veröffentlichung von merkwürdigen Wahlergebnissen im Gebiet Saratow, wo »Einiges Russland« in hundert Wahllokalen die gleichen 62,2 Prozent errungen hat, den Rücktritt der Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, Ella Pamfilowa. Alexej Martynow, Leiter des kremlnahen Thinktanks »Internationales Institut der neuesten Staaten« betont das Historische des Wahlergebnisses von »Einiges Russland«, das Putin eine weitere Transformation von Politik und Gesellschaft ermögliche. Der Blogger Ilia Warlamow fragt sich, ob es eine Korrelation zwischen dem Einkommensniveau und der Unterstützung für den Kreml gibt und behauptet, dass je schlechter es den Menschen gehe, desto mehr unterstützten sie die Partei der Macht.

Iwanow: Diese Wahlen sind eine Ohrfeige für alle ehrlichen Menschen Russlands

»Wir haben dem Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Wladimirowitsch Putin, der uns faire Wahlen versprochen hatte, geglaubt. Wir haben dem Ersten Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration, Wjatscheslaw Viktorowitsch Wolodin, der uns ehrliche Wahlen sowie eine Wettbewerb, Transparenz und Legitimität versprochen hatte, geglaubt. Wir haben geglaubt, dass wir – Offiziere für den Kampfeinsatz, Vaterlandsverteidiger und Patrioten Russlands – die Möglichkeit bekommen, bei den Wahlen gegen Korruptionäre, Bürokraten, liberale Verräter und sonstiges »Parkett-Pack« zu kämpfen. Wir haben geglaubt, dass es einen Sinn hat, Kraft, Zeit und Geld zu opfern, um bei den »fairen Wahlen 2016« zu siegen. Der gestrige Tag hat gezeigt, wie sehr wir uns geirrt haben. »Karusselle«, »massenhaftes Einwerfen von gefälschten Wahlzetteln«, Fälschung von Wahlprotokollen, massenhafte spontane Ausschaltung von elektronischen Wahlurnen, Ströme schwarzer PR und kompromittierender Materialien, vor Ort völlige Willkür seitens der Organisatoren dieser »ehrlichen Wahlen«. Der Wille der Partei der Macht um jeden Preis zu siegen war stärker, als die Furcht vor dem Präsidenten, vor russischen Gesetzen, war stärker als elementarer menschlicher Anstand, stärker als überhaupt alles. Das ist eine Ohrfeige für alle ehrlichen Menschen Russlands, die an die Möglichkeit ehrlicher Wahlen geglaubt haben. Es ist die Untergrabung unserer Staatlichkeit, unserer Verfassungsordnung und unserer Stabilität. Es ist ein Verbrechen, für das unsere Heimat einst einen fürchterlichen Preis zahlen müssen. Sie wollten Macht? Sie haben sie bekommen. Glauben Sie aber bitte nicht, dass wir vergessen werden, um welchen Preis Sie die bekommen haben. Und glauben Sie nicht, dass wir Ihnen irgendwann verzeihen werden.

Walerij Iwanow am 19. September 2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/photo.php?fbid=289079268144383&set=a.111363905915921.1073741828.100011269356828&type=3&theater>>.

Alexej Navalnyj: Pamfilowa soll zurücktreten

Die Leiterin der Zentralen Wahlkommission Ella Pamfilowa muss sofort gehen. Oder strafrechtlich verfolgt werden.

Es geht nicht so sehr darum, dass sie öffentlich versprochen hat, zurückzutreten, wenn »die Wahlen scheitern«, sondern darum, dass es eine rechtliche Grundlage für ihre Entlassung gibt. Und es gibt die Tatsache, dass sie, wenn sie jetzt nicht zurücktritt, zu einer unmittelbaren Mittäterin bei einem Verbrechen wird.

Es ist schon mathematisch bewiesen, dass für »Einiges Russland« 12 Millionen Stimmen zusätzlich eingeworfen wurden. Es gibt Grafiken, eine detaillierte Analyse, eine Debatte; ich habe noch keinen seriösen Experten gesehen, der sich gegen diese Einschätzung der Manipulationen gewandt hätte.

12 Millionen gefälschter Stimmen. Das sind mehr als die Bevölkerung Griechenlands, Tschechiens oder Schwedens, und bei uns werden die einfach so in die Wahlurnen gestreut, ohne dass eine Untersuchung eingeleitet wird. Das Internet ist wieder voll mit Videos von Wahlmanipulationen. [...]

Es gibt aber einen ganz bestimmten Fall, der für Pamfilowa und die gesamte Zentrale Wahlkommission zur Stunde der Wahrheit werden sollte. Entweder werden sie weiterhin wenigstens so tun, als gäbe es »faire Wahlen«, oder sie sind ebensolche Verbrecher wie Tschurow.

Es geht um das Gebiet Saratow. Dort kandidierte unser »Datschen-Pieper«¹ Wjatscheslaw Wolodin, eine Schlüsselfigur von »Einiges Russland« und, wie es aussieht, zukünftiger Vorsitzender der Staatsduma in der Regionalgruppe der Liste von »Einiges Russland«.

Wegen des hochrangigen Gauners gaben sich die Wahlkommissionen vollste und, wie das schon mal vorkommen kann, überzogene Mühe.

Denen hatte man mit Sicherheit die Aufgabe gegeben, das Wahlergebnis für Einiges Russland bei 40% der Wahlberechtigten festzuschreiben; die Wahlbeteiligung war aber so niedrig, dass es bei der Liftung bis zur nötigen Ziffer zu einer starken Überhöhung des Ergebnisses für die Partei der Macht führte.

Die Mathematik ist eine grausame Sache, und eine derart primitive Anpassung hatte ihre Nebenwirkung. In 100 (Hundert!) Wahllokalen dieses Wahlkreises war das Ergebnis für ER bis auf Zehntelprozent gleich: 62,2%. [...]

Wir haben es also mit einer felsenfesten Tatsache zu tun: Das Wahlergebnis im Gebiet Saratow wurde manipuliert und muss annulliert werden. Dem Betrüger Wolodin muss das Abgeordnetenmandat, das er über den Wahlkreis bekommen hat, entzogen werden. [...]

Darüber hinaus fordern wir einen unverzüglichen Rücktritt von Pamfilowa.

Alle anderen Parteien rufen wir dazu auf, sich dieser Forderung anzuschließen. Wähler und Medien rufen wir auf, diesen Fall aufmerksam zu verfolgen. Ich wiederhole: Es ist die Stunde der Wahrheit für die gesamte Zentrale Wahlkommission.

Alexej Nawalnaj am 22. September 2016 auf navalny.com; <<https://navalny.com/p/5068/>>.

Krascheninnikow: Die Parlamentarische Opposition hat für ihre Impotenz einen hohen Preis bezahlt

Ja, die parlamentarischen Kriecher haben für ihre Impotenz voll bezahlen müssen. Die Fraktion der KPRF hatte 92 Mitglieder, jetzt werden es 42 Mandate sein (minus 50). Die Fraktion von »Gerechtes Russland« hatte 64 Abgeordnete, jetzt werden es 23 sein (minus 41). Die Fraktion der LDPR ist am ehesten mit einem blauen Auge davongekommen: sie wird 39 statt 56 Mandate stellen (minus 17).

Es ist offensichtlich, dass es die »Sjuganer« [die KPRF unter Sjuganow] am härtesten getroffen hat: Jeder Abgeordnete bedeutet Assistenten, Arbeit mit den einzelnen Regionen und all das. In diesem Sinne haben sie gewaltige Verluste zu verzeichnen, die Infrastruktur der Partei ist zerstört, es wird viel weniger Geld geben. Das ist ihr Rekordtief [...].
Fjodor Krascheninnikow am 19. September 2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/fyodor.krasheninnikov/posts/10209797157779860?pnref=story>>.

Martynow: Die transparenten und offenen Wahlen ergaben eine verfassungsändernde Mehrheit für »Einiges Russland«

Die Parlamentswahlen 2016 werden zweifellos in die Geschichte eingehen. Nicht nur als demokratisch reife und »schweizerisch langweilige« Wahlkampagne, sondern als Meilenstein bei der Herausbildung eines Bifurkationspunktes vor einem synergetischen Sprung in der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. [...]

Die beispiellos transparenten und offenen Wahlen haben für »Einiges Russland«, die Putin-Partei, eine verfassungsändernde Mehrheit gebracht. Der Wähler hat dem Präsidenten nicht nur den persönlichen Vertrauensvorschuss bestätigt, sondern seiner Partei das Mandat zur Umsetzung sich neu ergebender Möglichkeiten im Interesse des ganzen Volkes erteilt. [...]

Es ist vorgesehen, dass der Präsident zur Umsetzung dieser Mission zur Neuformatierung und Stärkung der Rolle der Staatsduma im Staatssystem einen seiner stärksten ideologischen Verbündeten als Parlamentsvorsitzenden entsendet.

Wolodin ist die Person, die sowohl kompromissbereit als auch, wenn nötig, sehr hart sein kann. Er kann Beziehung aufbauen und einen Dialog führen. Die Ernennung Wolodins zum Vorsitzenden der Staatsduma ist ein Moment von prinzipieller Tragweite. Zum ersten Mal in der neuesten Geschichte schlägt der Präsident dem Parlament den Vorsitzenden vor und bittet alle Parteien, diese Kandidatur konsolidiert zu unterstützen.

¹ Nawalnij spielt hier auf seine eigenen Nachforschungen an, denen zufolge eine luxuriöse Datscha im Besitz von Wjatscheslaw Wolodin sein soll; S.M.; <<https://dacha.fbk.info/#wolodin>>.

Wjatscheslaw Wolodin wird zweifellos auch diesen Auftrag des Präsidenten erfüllen, ganz wie ihm das früher stets gelungen ist. Erinnert sei nur an seine letzten fünf Dienstjahre in der Präsidentschaftsadministration.

Alexej Martynow am 28. September 2016 bei izvestia.ru; <<http://izvestia.ru/news/634395#ixzz4LorRw2pS>>.

Warlamow: Warum wählen die Armen Putin?

Wenn man sich anschaut, wer gewöhnlich wie wählt, kann man eine interessante Tendenz feststellen. Je schlechter es den Menschen geht, desto eher unterstützen sie die Partei der Macht. Und umgekehrt: Die Besserverdienenden stimmen eher für Änderungen. Eigentlich sollte alles umgekehrt sein. Änderungen sollten diejenigen wollen, denen es schlecht geht. So ist es aber nicht.

Hier ein anschauliches Bild dieses Phänomens: Ich habe zwei Werte in Relation gesetzt: Den Preis des Eigentums und die Anzahl der Stimmen für »Einiges Russland« bei den letzten Wahlen. In der Mehrheit der Moskauer Bezirke lässt sich eine Abhängigkeit feststellen: je billiger der Wohnraum (und somit das Lebensniveau) in dem Bezirk, desto höher der Stimmenanteil für die Partei der Macht. [...]

Eine der am weitesten verbreiteten Theorien besteht darin, dass das *starke Vertrauen der schlechter verdienenden Russen in das Regime mit ihrer kulturellen Kodierung zusammenhängt*. [...] In unserem Land hat das Volk mehrere Jahrhunderte lang den Machthabern gedient, und nicht umgekehrt; all das hat sich im Bewusstsein der Menschen festgesetzt. [...]

Einer anderen Variante zufolge *wählen geringverdienende Schichten irrational*. [...] sie lassen sich bei der Wahl von ihrem Glauben an die Partei leiten. Dieser Glaube erinnert ab einem gewissen Punkt an ein religiöses Gefühl, welches keinerlei rationaler Begründung bedarf.

Es gibt darüber hinaus einige bodenständigere und plausiblere Theorien. Nach der einen haben *Menschen mit niedrigem Einkommen ein niedrigeres Bildungsniveau und weniger politisches Verständnis*. Deswegen schlucken sie die staatliche Propaganda, die über das Fernsehen verbreitet wird. Sie haben keine Mittel, ins Ausland zu fahren und ihr Land aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, deswegen scheint es ihnen, als ob sie gut leben, und zwar dank der Partei der Macht.

Die nächste Theorie ist folgende: *Durch den Einsatz wirtschaftlicher Hebel ist es für das Regime einfacher, mit den schlechter verdienenden übereinzukommen*. [...]

Und schließlich die letzte Variante: *Materiell und sozial schwache Leute geben wegen eines Sicherheitsgefühls ihre Stimmen der Partei der Macht*. Das Bestehen einer äußeren Gefahr – egal, ob einer tatsächlichen oder vermeintlichen –, kann jeden und jede vereinigen. Das herrschende Regime nutzt das geschickt aus. Den Menschen bleibt nichts anderes übrig, als weiter die Partei zu unterstützen, die ihnen eine vielleicht ärmliche, aber sichere Existenz garantieren kann. [...]

Ilja Warlamow am 28. September 2016 bei varlamov.ru; <<http://varlamov.ru/1983003.html>>.

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

NOTIZEN AUS MOSKAU

Dumawahlennachlese

Jens Siegert, Moskau

Eine große Mehrheit für die Kremlpartei »Einiges Russland« (ER) bei den Dumawahlen vom 18. September ist von allen erwartet worden (unabhängig von der Meinung, *wie* sie zustande gekommen ist). Ein wenig überraschend für viele Beobachter waren aber zwei andere Dinge: wie ungefährdet die Zweidrittelmehrheit von ER gelungen (die weiter das ungestörte und ungenierte Verfassungsgändern ermöglicht), und wie total die Niederlage

der außerparlamentarischen (oder, wie es in Russland oft heißt, außersystemischen) Opposition ausgefallen ist. Ersteres dürfte auf nicht unerhebliche Wahlfälschung zurück zu führen sein. Letzteres auf ein falsches Lesen der Kremlziele bei diesen Wahlen sowohl durch die meisten Beobachter als auch durch die Opposition. Wie es hierzu – zum erwarteten Gesamtergebnis und zu den Fehleinschätzungen – gekommen ist, soll heute Thema sein.

Zuerst zur Wahl selbst. Wie in diesen Notizen vor zwei Monaten beschrieben (<http://russland.boellblog.org/2016/06/30/dumawahlen-2016/>), hatte die Mehrzahl der Beobachter für diese Wahlen zwei Ziele des Kremls ausgemacht: Sie sollten mit so wenig Manipulation wie nötig vonstatten gehen und möglichst niedrig gehängt werden. Denn eine niedrige Wahlbeteiligung, so sagt die Erfahrung, spielt am ehesten »Einiges Russland« in die Hände. Wenig(er) Manipulation dagegen erhöht die Legitimität des Ergebnisses, nicht nur in Russland, sondern auch im Westen. Die Zweidrittelmehrheit für ER sollte nicht zuletzt wegen des reformierten Wahlrechts ohne größere Probleme erreichbar sein. Zwar sagten die letzten Umfragen vor der Wahl ER nicht viel mehr als 50 Prozent der Stimmen voraus. Aber angesichts des großen Abstands zu den nächststärkeren Parteien, den Kommunisten und den Schirnowskij-Nationalisten, die bei nur etwa 15 Prozent lagen, würde ER fast alle der wieder eingeführten Direktmandate erringen (mit einigen wenigen Ausnahmen dort, wo bewusst auf eine Kandidatur zugunsten einer der drei Parlamentsoppositionsparteien verzichtet worden war, und vielleicht einer Handvoll Wahlkreise, in denen in der Öffentlichkeit sehr bekannte Gegenkandidaten den ER-Kandidaten das Leben schwer zu machen drohten).

So kam es auch, wenn auch nicht ganz so reibungslos wie vor(her)gesehen (wobei hier und im Folgenden immer von der oben beschriebenen Annahme einer großen Mehrheit der politischen Beobachter und Kommentatoren ausgegangen wird). Ausgerechnet die extrem niedrige Wahlbeteiligung schien im Laufe des Wahltags die angestrebte Zweidrittelmehrheit für ER zu gefährden. Nur zwei Stunden vor Schließung der Wahllokale lag die von der Zentralen Wahlkommission veröffentlichte Wahlbeteiligung bei nur etwas mehr als 30 Prozent und der Stimmenanteil von ER bei 44 Prozent. Zu wenig für eine sichere ER-Zweidrittelmehrheit.

Wie Vergleiche mit den Exitpolls und mathematische Modellrechnungen (sehr gut auf Deutsch hier nachzulesen: <http://www.dekoder.org/de/article/schpilkin-ergebnisse-dumawahl-faelschungen/>) zeigen, entschloss man sich im Kreml offenbar, dem Wunschergebnis auf die Sprünge zu helfen. In den verbleibenden zwei Stunden stieg die offizielle Wahlbeteiligung steil um mehr als die Hälfte auf gut 48 Prozent. Der ER-Stimmenanteil wuchs gleichzeitig auf 49,3 Prozent. Zusammen mit den vielen Direktmandaten war die Zweidrittelmehrheit gerettet. Neben den mathematischen Modellierungen gibt es dazu auch weitere Hinweise aus Berichten von Wahlbeobachtern. Zwar sind auch das keine endgültigen Beweise, da eine flächendeckende unabhängige Wahlbeobachtung (im Gegensatz zu den Wahlen vor fünf Jahren) vom Staat systematisch verhindert worden ist, aber

zusammen mit den Berechnungen ergibt sich schon ein sehr, sehr großer Verdacht.

Diese Notoperation, sozusagen am lebenden Organismus, wurde paradoxerweise überhaupt nur notwendig, weil der Kreml vorher mit dem Zurückdrängen von Protest und (fast jeglicher) Opposition nach den Winterprotesten 2011/2012 mittels Repression, Krim und Propaganda so überaus erfolgreich war. Es ist anzunehmen, dass die Not angesichts dieses Erfolges auch den Fehlschluss der (»außersystemischen«) Opposition mit befördert hat, der Kreml sei diesmal bereit, ein ganz klein wenig zu teilen und vielleicht sogar eine Oppositionspartei die Fünfprozenthürde überspringen zu lassen, zumindest aber ein paar Direktmandate für Oppositionskandidaten zuzulassen. Signale dazu gab es. Aber es ist schwer zu sagen, ob es sich dabei nicht um ein Täuschungsmanöver gehandelt hat. Allerdings ist auch ein Strategiewechsel direkt vor den Wahlen denkbar. Es kann aber auch einfach so sein, dass die Opposition schlicht Kollateral-Opfer des oben erläuterten Kremlirrtums in Bezug auf die Wahlbeteiligung geworden ist. Denn – ganz einfache Arithmetik – je mehr gefälschte Stimmen ER bekommen hat, desto weniger Prozente sind für die anderen Parteien übrig geblieben.

Warum aber hat die Kremlstrategie möglichst geringer Wahlbeteiligung so gut funktioniert, dass anscheinend selbst ihre Strategen vom Erfolg überrascht wurden? Um diese Frage zu beantworten, hilft es, die Situation vor diesen Dumawahlen mit der Lage vor den Dumawahlen 2011 zu vergleichen. Der erste (und vielleicht wichtigste) Unterschied ist die wirtschaftliche Lage. 2011 gab es (nach der dicken, einjährigen Delle im Zuge der weltweiten Finanzkrise 2009) immer noch zwar nur kleines, aber doch immerhin Wachstum. Seit zwei Jahren befindet sich die russische Wirtschaft dagegen in einer tiefen Rezession, der ersten seit den unter Putin immer wieder als Negativbeispiel herangezogenen 1990er Jahren. Wie und wann die Wirtschaft wieder wachsen wird, steht in den Sternen. Die vergangenen zwei Jahren ließen sich auch als Geschichte von Regierungsankündigungen erzählen, dass der Tiefpunkt nun endlich erreicht und die Talsohle durchschritten sei und dass es wieder aufwärts gehe. Zu erwarten wäre also, dass sich die Stimmung im Land gegenüber 2011 noch einmal verschlechtert hat, ebenso wie das Ansehen von Staatsführung und Regierung.

Nun orientieren sich die Einstellungen von Menschen aber oft nicht an absoluten Zahlen, sondern viel eher an ihren Erwartungen. Zum Ausgang des Medwedjew-Interregnums 2011 gab es zwar schon reichlich Enttäuschung über die seinerzeit viel diskutierte, aber ausgebliebene Modernisierung des Landes, aber doch immer noch recht viel Hoffnung auf eine Änderung,

eine (zumindest leichte) Liberalisierung der staatlichen Politik und auf politische Reformen. Die Proteste speisten sich seinerzeit nicht zuletzt aus diesen enttäuschten Hoffnungen. Heute ist diese Enttäuschung so tief, dass es auf der einen, der kleineren Seite (der damals Protestierenden) viel Resignation gibt und auf der anderen, der größeren Seite (von denen die meisten nicht protestiert haben dürften) vor allem darum geht, dass »es nicht noch schlimmer kommt«. 2011 gab es zudem eine weit verbreitete Nachfrage nach Veränderungen, die sich in den (später enttäuschten) Hoffnungen ausdrückte. Heute wünschen viele Menschen in Russland vor allem wieder Stabilität. Daran hat auch das Nachlassen der nationalen Euphorie nach der Annexion der Krim seinen Anteil. In gewisser Weise hat der Kreml es verstanden, die Uhr zurück zu drehen.

Diese Unterschiede bei Hoffnungen und Erwartungen (2011 – Veränderung; heute – Stabilität) wirken sich direkt auf die Wahrnehmung von Wahlen überhaupt aus. Während 2011 viele Menschen im Land erneut zu hoffen begonnen hatten, durch Wahlen etwas verändern zu können oder zumindest ihren Forderungen im Wahlkampf und durch eine eventuelle Opposition im Parlament (mehr) Gehör zu verschaffen, ist diese Hoffnung inzwischen wieder verschwunden. 2011 versuchten Oppositionsparteien genau diese Nachfrage zu bedienen. Wer Veränderungen wollte, wurde (für die meisten glaubhaft) aufgefordert, wählen zu gehen. Heute dagegen glauben weder Anhänger des Kreml, noch Anhänger der Opposition, dass Wahlen generell und insbesondere Wahlen zur Staatsduma, diesem Quasiparlament, irgendetwas zu Änderungen beitragen können. Die Kremlstrategie in Richtung einer geringen Wahlbeteiligung hat diese Tendenz aufgenommen und gefördert.

Doch der Kremlerfolg ist nicht nur eine Folge der Demotivierung großer Bevölkerungskreise. Der Staat hat auch von der Opposition gelernt. 2011 war der erste Internetwahlkampf in Russland. Seinerzeit allerdings fast ausschließlich auf Oppositionsseite. Der Kreml mit seiner handgesteuerten »gelenkten Demokratie« wurde kalt erwischt. Der Blogger Alexei Nawalnyj ist im Wahlkampf 2011 zum Oppositionsstar aufgestiegen. Sein Slogan von ER als der »Partei der Gauner und Diebe« war seinerzeit, vor allem durch das Internet verbreitet, in aller Munde (und Kopf). Die von Nawalnyj ebenfalls vorzüglich in Umlauf gebrachte Losung, die Stimme jeder beliebigen Partei zu geben, »nur nicht ER«, hat seinerzeit den Stimmenanteil von ER in der Duma zugunsten der »Systemopposition« merklich verringert. Die ganze große Kremlmaschine hatte dieser Kampagne 2011 nichts entgegen zu setzen. In diesem Jahr fiel der Opposition dagegen nichts auch nur annähernd Vergleichbares ein. Die großen Korruptionenthüllungen Nawalnyjs im Früh-

jahr verpufften, trotz hoher Clickzahlen seine Videos. Die zur Wahl zugelassenen Oppositionsparteien und die oppositionellen Direktkandidaten waren (bis auf wenige Ausnahmen bei Letzteren) anscheinend so froh, überhaupt mitmachen zu dürfen, dass sie es nicht wagten, Proteste in der Bevölkerung, die es sehr wohl gibt (Fernfahrer, Bauern und Bergarbeiter versuchten dieses Jahr schon nach Moskau zu ziehen) zum Zentrum ihrer Wahlkämpfe zu machen. Umgekehrt diskreditieren Kremltrolle bereits seit langem erfolgreich oppositionelle Politiker. Das beschert ER zwar keine zusätzliche Popularität, trifft die Opposition aber hart und passte damit in die staatliche Demobilisierungsstrategie.

Was heißt das für die nahe Zukunft, für die Zeit bis zu den Präsidentenwahlen, die spätestens im Frühjahr 2018 stattfinden müssen? Die politische Landschaft ist derart asphaltiert, dass es selbst die vom Kreml erwünschten Gewächse schwer haben, ans Licht zu gelangen. Außer patriotischer Mobilisierung hat aber auch der Kreml gegenwärtig kaum etwas anzubieten (was ein wesentlicher Grund der Demobilisierungsstrategie ist). Das war auch im Wahlkampf spürbar, der durch besonders große Inhaltslosigkeit ausgezeichnet hat. Alle wissen, dass vor dem Land harte Jahre liegen. Alle (Regierungs-) Politik scheint nur noch darauf ausgerichtet zu sein, die notwendigen Haushaltskürzungen und die unvermeidlichen tiefen sozialen Einschnitte (alternativ oder begleitend erhebliche Steuererhöhungen) möglichst bis zu den Präsidentenwahlen herauszuzögern. Ob das gelingt, ist unklar. In den gut zwei Wochen seit der Dumawahl gab es fast täglich Äußerungen von Regierungspolitikern oder Ministerialbeamten über geplante Steuererhöhungen und Etatkürzungen. Die Menschen in Russland müssen sich darauf einstellen (und werden wohl auch systematisch darauf vorbereitet), dass sie sich angesichts des versiegenden Stroms von Gas- und Öldollars, des deshalb immer größer werdenden Haushaltsdefizits und angesichts des kaum kleiner werdenden Hungers der korrupten Elite bald erstmals ernsthaft direkt an der Finanzierung des Staatshaushalts werden beteiligt müssen. Bisher kam das Geld buchstäblich und nur über den Umweg der US-Dollar ausländischer Käufer direkt aus den Erdöl- und Erdgasquellen. Außerdem dürfte angesichts der demographischen Entwicklung eine baldige (und äußerst unpopuläre) Erhöhung des Rentenalters (bei Frauen von 55 auf 60, bei Männern von 60 auf 65 Jahre) unabwendbar sein.

Gleichzeitig geht der Umbau des Machtgefüges im russischen Staatsapparat weiter. Dabei sind drei Tendenzen zu beobachten. Zum einen werden viele der »alten Kämpfer«, also diejenigen, die zusammen mit Putin an die Macht gekommen sind, und bei denen davon ausgegangen wird, dass Putin ihnen persönlich verbunden

ist, nach und nach abgelöst und auf Versorgungsposten abgeschoben. Die nachrückenden Leute stammen meist aus der nächsten Generation und haben oft kaum öffentliches Profil. Nicht selten haben sie sich aus der sogenannten »Kaderreserve«, die unter Medwedew gebildet wurde, hochgearbeitet (nachdem sie sich dort als loyal erwiesen hatten). Wie es scheint, versucht der Kreml so das Problem der Erneuerung seiner Kader zu lösen.

Dahinter könnten aber auch noch eine Reihe weiterer Überlegungen stehen. Zum einen sind Putin und seine Leute inzwischen 16 Jahre an der Macht. Das ist, politisch gesehen, eine sehr lange Zeit. Viele der »alten Kämpfer« haben ihren Leistungszenit überschritten. Außerdem stellen sie eine potentielle Gefahr für den Mann an der Spitze dar. Sie haben in ihrer Zeit an der Macht sowohl Ressourcen angesammelt als auch Allianzen schließen können. Regelmäßige Rotationen dienen unter anderem dazu, keine möglicherweise um die Zentralmacht konkurrierenden Zentren zuzulassen (Gerüchte in dieser Richtung gab es z. B. bei der Ablösung des Chefs der Präsidentenadministration Sergej Iwanow). Außerdem neigen nachrückende Generationen zur Unzufriedenheit, möglicherweise gar

zum Aufstand, wenn sie mit der Zeit (also wenn sie meinen, nun sei *ihre* Zeit gekommen) nicht ausreichend eingebunden und an der Macht beteiligt werden.

Mit dem Umbau des Apparats, der in seinem Umfang für die Präsidentschaft Putins beispiellos ist, könnte auch versucht werden, bisher nicht oder nur rudimentär bestehende Regeln für eine regelmäßige Erneuerung des Apparats zu etablieren. Eine Aufgabe, die autoritäre Systeme immer vor besondere Probleme stellt. Die Frage nach der wichtigsten Nachfolge, der von Putin, bleibt dabei aber weiter unbeantwortet. Gerade dass sie offen bleibt, stabilisiert Putins Herrschaft. Gerade weil sie aber angesichts der kommenden Wahlen so (macht Putin weiter – was für die meisten außer Frage steht) oder so (hört Putin auf und präsentiert einen Nachfolger – was kaum jemand für wahrscheinlich hält) längst gestellt wird, brauchte es jetzt einigermaßen ruhige Parlamentswahlen mit dem »richtigen Ergebnis«. Das zumindest ist gelungen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

DOKUMENTATION

Ein Meinungsforschungsinstitut als »ausländischer Agent«

Reaktionen auf die Einstufung des Lewada-Zentrums durch das russische Justizministerium

Stellungnahme des Direktors des Levada-Zentrums Lev Gudkov

Das russische Justizministerium hat im Zeitraum vom 12.–31. August 2016 eine außerplanmäßige Überprüfung des Levada-Zentrums durchgeführt, bei der dessen Tätigkeiten seit der letzten Überprüfung im Februar 2014 dokumentiert werden sollte. Daraufhin hat das Ministerium, ohne dem Zentrum die gesetzlich vorgesehene Möglichkeit zum Einspruch zu geben, bereits am 5. September erklärt, dass das Levada-Zentrum in das Verzeichnis der Organisationen aufgenommen wird, welche die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllen. Damit ist die verleumderische Kampagne gegen unser Zentrum in formalrechtliche Form gegossen. Die Überprüfung wurde eingeleitet, nachdem der Abgeordnete des Föderationsrats Dmitrij Sablin, der zur Führung der Organisation »Antimajdan« gehört und im Zentrum zahlreicher Korruptions-, Plagiats- und Betrugsskandale stand, sich mehrfach an das Justizministerium gewandt hatte. Doch diese zweifelhafte Persönlichkeit ist lediglich das Sprachrohr für die politischen und wirtschaftlichen Interessen von Gruppen, die unter der Flagge des Patriotismus wegen einer angeblichen Gefahr für die nationale Sicherheit wirken und eine Umverteilung staatlicher Ressourcen fordern.

Die neue Situation legt unser Institut faktisch lahm. Nicht nur werden Finanzierungsquellen abgeschnitten. Das Stigma des »ausländischen Agenten«, das in Russland einzig und allein die Bedeutungen Spion und Saboteur trägt, macht unsere Umfrageforschung unmöglich. Die aus sowjetischer Zeit verbliebene Angst lähmt die Menschen, vor allem jene im öffentlichen Dienst – in Schulen und Universitäten, im Gesundheitssystem und in der Verwaltung. In einigen Regionen Russlands scheinen manche Angestellte des öffentlichen Diensts die Anweisung erhalten zu haben, den Kontakt zu »ausländischen Agenten« zu meiden.

Wir werden das Ergebnis der Überprüfung anfechten und dazu den Rechtsweg beschreiten.

Viele Medien behaupten, das Justizministerium habe »aufgedeckt«, dass das Levada-Zentrum auch aus dem Ausland Mittel erhält. Dies hat das Zentrum jedoch nie verborgen. Es geht aus den Finanzberichten hervor, die regelmäßig den entsprechenden Kontroll- und Steuerbehörden überstellt wurden. Dies bestätigt auch der jetzige Prüfungsbescheid. [...]

Dies ist nicht die erste feindselige Kampagne, mit der unser Institut zerstört oder zumindest diskreditiert werden soll, das seit 1988 unabhängige soziologische Forschung betreibt. Die Versuche aus den Jahren 2002 und 2003, das damalige Meinungsforschungszentrum VCIOM unter Leitung von Jurij Levada unter staatliche Kontrolle zu bringen, führte zur Gründung der unabhängigen »Levada-Zentrums«.

Objektive, wissenschaftlich untermauerte Informationen über den Zustand der russischen Gesellschaft ruft vor allem in Krisen- und Umbruchsituationen heftige Reaktionen bei jenen Politikern, Staatsdienern und Ideologen hervor, deren Erwartungen und Interessen die soziologische Diagnose zuwiderläuft. Dies gilt sowohl für machtnahe Politiker und Beamte als auch für Oppositionelle. Aber im Unterschied zu letzteren hat die Staatsmacht alle Instrumente, um jene zu diskreditieren und mit juristischen Mitteln zu zerstören, die nicht gefügig sind.

Das Ziel der Zerschlagung sämtlicher unabhängiger zivilgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Organisationen hatte das »Russische Institut für Strategische Studien« im Jahr 2014 offen formuliert. In einem Bericht mit dem Titel »Methoden und Technologien der Tätigkeit ausländischer und russischer Forschungszentren und Forschungseinrichtungen an Hochschulen, die eine Finanzierung aus dem Ausland erhalten« vom Februar 2014 werden eine Reihe staatlicher und nichtstaatlicher Institute genannt, die »mit ausländischen Mitteln in Russland einer ideologischen und propagandistischen Tätigkeit nachgehen«. Neben dem Verband der Politikwissenschaftler, dem Verband der Wissenschaftler im Bereich Internationale Beziehungen (RAMI), dem Zentrum für politische Studien (PIR-Zentrum), dem Institut für Soziologie der Akademie der Wissenschaften, der Russischen Wirtschaftsschule (RĖŠ) und einer Reihe anderer Einrichtungen war auch das Levada-Zentrum auf dieser Liste. In dem Bericht heißt es, das Levada-Zentrum nehme »Einfluss auf die politischen Prozesse und die öffentliche Meinung durch 1) Manipulation von Wortbedeutungen bei Meinungsumfragen; 2) Herauf- oder Herabsetzen der benötigten Zahlen aus den Umfragen; 3) Vertreten nützlicher Positionen bei Konferenzen, Runden Tischen und Seminaren; 4) rege Tätigkeit im Informationsraum ...«. Es sei als Einrichtung »zur Sammlung und Analyse soziologischer Informationen ein wichtiges Instrument zur Manipulation der öffentlichen Meinung und zur informationellen Beeinflussung des Staatsapparats und der politischen Institutionen.« Das Levada-Zentrum habe dem US-State Department »eine Liste mit regionalen Oppositionsgruppen übergeben, die alle notwendigen Informationen enthält, um »Protestpotential« anzuwerben«.

Nur auf den ersten Blick handelt es sich bei diesen Unterstellungen um Phantastereien isolierter Figuren oder paranoide Vorstellungen pensionierter Tschekisten. Tatsächlich stehen hinter dieser neuen Welle der Spionomanie, in der die übelsten Formen totalitärer Praktiken reproduziert werden, zynische Interessen. Es geht um Macht, Eigentum und ideologische Kontrolle.

Inakzeptabel ist selbstverständlich bereits die Vorannahme, dass die Zusammenarbeit russischer Wissenschaftler und Aktivisten der Zivilgesellschaft mit ausländischen Wissenschaftlern und NGOs unpatriotisch und antirussisch sei.

Bereits in den Jahren 2013 und 2014 haben Gesamt- und Einzelprüfungen im Levada-Zentrum festgestellt, dass einige Projekte aus dem Ausland finanziert werden. Das Zentrum durfte daraufhin keine Unterstützung mehr für Umfragen von ausländischen Stiftungen in Form von direkten Zuschüssen annehmen, konnte aber weiter gemeinsam mit ausländischen Partnern (Universitäten, Stiftungen, etc.) an Projekten teilnehmen und auf der Basis von kommerziellen Verträgen Aufträge für Umfragen zu gesellschaftlichen und kulturwissenschaftlichen Themen sowie zur Marktforschung annehmen. Die erneute Änderung des NGO-Gesetzes im Jahr 2016 sowie eine Reihe neuer Gesetze und Verordnungen eröffnen den Behörden endgültig die Möglichkeit zur völligen Willkür, denn die Begriffe »politische Tätigkeit« und »Finanzierung aus dem Ausland« bleiben bewusst unbestimmt, so dass repressive Maßnahmen selektiv gegen jeden angewendet werden können, der irgendwelchen der Staatsmacht nahestehenden Gruppen unerwünscht erscheint. Unter Finanzierung aus dem Ausland wird mittlerweile selbst die Annahme von Mitteln für Zwecke der Wissenschaft, der Bildung und der Wohltätigkeit verstanden, wenn es sich um russische Stiftungen handelt, die im Ausland registriert sind. Als kriminell wird auch die Annahme von Mitteln aus dem Ausland angesehen, die im Rahmen rein kommerzieller Aufträge gezahlt werden.

Dieses Vorgehen des Justizministeriums und anderer Behörden führt dazu, dass Kontakte russischer Wissenschaftler mit Kollegen aus anderen Ländern stark zurückgehen oder ganz abbrechen. Die für Russland so wichtige Aneignung von Methoden, Theorien, Konzepten sowie informellen Normen und Regeln wissenschaftlichen Arbeitens wird eingestellt. Dies betrifft nicht nur die Soziologie, die finanziell aufwendigste Disziplin im Bereich der Sozial- und Geisteswissenschaften. Nach der Soziologie sind wie in den Stalin-Jahren die Geschichtswissenschaft, die Volkswirt-

schaftslehre, dann auch die Genetik und die Physik an der Reihe. Das Levada-Zentrum ist die 141. Organisation, die in das Verzeichnis der ausländischen Agenten eingetragen wurde. Schon bald werden es hunderte oder tausende mehr sein. Die Folgen werden zwei oder drei Generationen lang zu spüren sein.

Russland war Jahrzehnte von der Entwicklung der modernen Sozialwissenschaften abgeschnitten und war tiefe intellektuelle Provinz. Das Land blieb wissenschaftlich rückständig, degradierte sogar. Die jüngste Entwicklung droht das Land in diese Zeit zurückzuwerfen. Die Isolation führt nicht nur zu einem dauerhaften Verlust von Human- und Sozialkapital. Sie verwandelt Russland in ein Habitat einer verarmten und aggressiven Bevölkerung sowie einer korrumpierten und zügellosen Elite, die sich ganz und gar der Illusion einer nationalen Überlegenheit und Exklusivität hingeben. Ein Land, das nichts über sich wissen will, erwartet eine traurige Zukunft. Die Diskreditierung und Zerstörung der Zivilgesellschaft in Russland ist nicht nur eine Schande für das Land. Viel schlimmer ist, dass sie unausweichlich einen moralischen, intellektuellen und sozialen Niedergang zur Folge hat, einen Zerfall des Staates und der Gesellschaft.

Wir sind stolz auf die Möglichkeit, mit ausländischen Partnern zusammenarbeiten zu können. Das darf kein Anlass sein, uns als ausländische Agenten zu diskreditieren, sondern ist ein Beweis für die hohe Professionalität und Qualität unserer Forschungen, die Objektivität und Validität unserer Informationen und Analysen sowie für die gründliche Interpretation der empirischen Daten. Genau das unterscheidet die Arbeit des Levada-Zentrums von der anderer Institute in Russland, die Umfragen zur öffentlichen Meinung durchführen.

*Direktor des Levada-Zentrums.
Prof. Dr. Lev Gudkov,
7. September 2016*

Chronik der Ereignisse

13.7.2012	Verabschiedung der Änderung der »Gesetzes über nichtkommerzielle Organisationen«. Formal besagt das Gesetz nun, dass Nichtregierungsorganisationen, die »finanzielle Mittel aus dem Ausland« erhalten und »politisch tätig« sind, sich vom Justizministerium in einem speziellen Verzeichnis von Organisationen registrieren lassen müssen, welche »die Funktion ausländischer Agenten ausüben«. Den NGOs werden härtere Berichtspflichten auferlegt. Lässt sich eine NGO nicht als »ausländischer Agent« registrieren, drohen Sanktionen gegen die Organisation (Geldstrafen bis hin zur Auflösung) und gegen deren Leiter (Freiheitsentzug von bis zu vier Jahren). Alle Informationsmaterialien und Medien einer entsprechend registrierten NGO müssen das Label »ausländischer Agent« tragen; Medien in ihrer Berichterstattung über eine solche NGO immer erwähnen, dass es sich bei ihr um »ausländische Agenten« handelt. Das sogenannte »Agentengesetz« ist das zweite einer Serie von repressiven Gesetzen, mit denen die Bürger- und Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger Russlands nach der Amtseinführung von Vladimir Putin am 7. Mai 2012 beschnitten werden. Es wurde in Eile verabschiedet: eingebracht in die Duma am 29.6., am 6.7. in erster Lesung angenommen und am 13.7. in zweiter und dritter Lesung beschlossen.
21.9.2012	Die Menschenrechtsorganisation »Memorial« bezeichnet das Agentengesetz als »rechtswidrig und unmoralisch«.
20.11.2012	Das Agentengesetz tritt in Kraft
6.2.2013	Elf russische NGOs, darunter die Wahlbeobachter »Golos«, Memorial und die Moskauer Helsinki-Gruppe reichen Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen das NGO-Gesetz ein.
14.2.	Präsident Putin verlangt vor dem erweiterten Führungskreis des FSB, dass das Gesetz über nichtkommerzielle Organisationen angewendet werde. Von März bis Mai 2013 werden über 300 Organisationen außerplanmäßig überprüft. Eine davon ist das Levada-Zentrum.
23.4	Im Levada-Zentrum geht die schriftliche Ankündigung einer Überprüfung ein. Es solle festgestellt werden, ob das Zentrum die »Funktion eines ausländischen Agenten« erfülle.
24.4.	Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft, des Innenministeriums, des Justizministeriums und der Steuerpolizei verlangen die Aushändigung von Akten und Dokumenten.
7.5.	Die Tageszeitung Izvestija veröffentlicht die Nachricht, dass eine staatsanwaltschaftliche Untersuchung ergeben habe, dass das Levada-Zentrum als »ausländischer Agent« zu bezeichnen sei.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Chronik der Ereignisse (Fortsetzung)

16.5.	Eingang der staatsanwaltschaftlichen »Ermahnung wegen unzulässiger Rechtsverletzung«, ausgestellt von der bezirksübergreifenden Staatsanwaltschaft Moskau-Savelovskoe am 15.5.2013.
20.5.	Veröffentlichung der Erklärung des Direktors des Levada-Zentrums Lev Gudkovs auf der Homepage des Zentrums < http://www.levada.ru/20-05-2013/zayavlenie >; dt. unter: < www.zeitschrift-osteuropa.de/support-levada/de >. In Übereinstimmung mit den Anforderungen des »Gesetzes über nichtkommerzielle Organisationen« verzichtet das Levada-Zentrum seitdem auf die Annahme von Zuwendungen (grants) und arbeitet mit ausländischen Partnern auf kommerzieller Basis zusammen: es betreibt Auftragsforschung. Die entsprechenden Umfragen, die von den wissenschaftlichen Mitarbeitern des Zentrums interpretiert werden und dann auf der Website des Zentrums für Fachleute und die breite Öffentlichkeit publiziert werden, basieren fast ausschließlich auf Umfragen, die das Levada-Zentrum mit eigenen Mitteln durchgeführt hat.
Feb. 2014	Das »Russländische Institut für Strategische Forschung«, ein Forschungsinstitut und Analysezentrum der Präsidentschaftsverwaltung, legt ein Gutachten vor: »Methoden und Technologien der Tätigkeit ausländischer und russländischer Forschungseinrichtungen, Forschungsstrukturen sowie Hochschulen, die eine Finanzierung aus ausländischen Quellen erhalten: Analyse und Auswertung«. Acht Einrichtungen werden dargestellt, zum Levada-Zentrum heißt es, es habe »Einfluss auf die politischen Prozesse und die öffentliche Meinung durch 1) Manipulation von Wortbedeutungen bei Meinungsumfragen; 2) Herauf- oder Herabsetzen der benötigten Zahlen aus den Umfragen; 3) Vertreten nützlicher Positionen bei Konferenzen, Runden Tischen und Seminaren; 4) rege Tätigkeit im Informationsraum ...«. Es sei als Einrichtung »zur Sammlung und Analyse soziologischer Informationen ein wichtiges Instrument zur Manipulation der öffentlichen Meinung und zur informationellen Beeinflussung des Staatsapparats und der politischen Institutionen.« Das Levada-Zentrum habe dem US-State Department »eine Liste mit regionalen Oppositionsgruppen übergeben, die alle notwendigen Informationen enthält, um ‚Protestpotential‘ anzuwerben«.
2.6.	Präsident Putin setzt eine Novelle des Gesetzes »Über politische Tätigkeit nichtkommerzieller Organisationen« (NKO/engl: NGO) in Kraft. Der Begriff »politische Tätigkeit« der NGOs wird definiert. Als politische Tätigkeit gilt nun u. a. » die Bildung gesellschaftspolitischer Ansichten und Überzeugungen unter anderem auf dem Wege der Durchführung und Veröffentlichung von Meinungsumfragen oder anderer soziologischer Forschung«.
10.6	Die »Antimajdan«-Bewegung veröffentlicht auf ihrer Website die verleumderische Behauptung, dass das Levada-Zentrum finanzielle Mittel vom Verteidigungsministerium der USA zur Durchführung von Forschungen (über die Wohnverhältnisse der Bürger Russlands) erhalte. Tatsächlich hat das Zentrum diese Zuwendung von der Universität Wisconsin erhalten, um ein Forschungsprogramm fortzuführen, welches das Levada-Zentrum auf der Basis eines mit der Universität abgeschlossenen Geschäftsvertrags über die Durchführung von Umfragen und Fokus-Gruppen abgeschlossen hatte.
11.7	Die »Antimajdan«-Bewegung wendet sich an das Justizministerium mit der Forderung, das Levada-Zentrum auf ausländische Finanzierung zu überprüfen und es als ausländischen Agenten einzustufen. < https://antimaidan.ru/content/8262 >
26.7.	Der Abgeordnete des Föderationsrats Dmitrij Sablin wendet sich mit einem öffentlichen Aufruf an das Justizministerium. Es solle auf die Forderung der »Antimajdan«-Bewegung vom 11.7. reagieren, das Levada-Zentrum zum ausländischen Agenten zu erklären.
19.8.	Die »Antimajdan«-Bewegung wendet sich an das Justizministerium mit der Bitte, eine Reihe von russländischen NGOs, die Mittel von der Soros-Stiftung erhalten haben, als ausländische Agenten einzustufen. Unter diesen Organisationen ist auch das Levada-Zentrum. Im Kern handelt es sich um eine Verletzung des Rückwirkungsverbots als Rechtsprinzip, denn das novellierte Gesetz über nichtkommerzielle Organisationen sieht eine rückwirkende Geltung nicht vor. Zum Zeitpunkt der staatsanwaltschaftlichen Überprüfung im Jahr 2013 hatte das Levada-Zentrum keine Mittel von der Soros-Stiftung erhalten. < https://antimaidan.ru/article/8683 >
12.–31.8.	Außerplanmäßige Überprüfung des Levada-Zentrums durch das Justizministerium.
5.9. 2016	Russlands Justizministerium nimmt das Levada-Zentrum als 141. Organisation in das Verzeichnis der Nichtregierungsorganisationen auf, welche »die Funktion eines ausländischen Agenten erfüllen«.

Erklärung der deutschen Osteuropaforschung

Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft Solidarität mit dem Levada-Zentrum

Berlin, 12.9.2016

Russlands Justizministerium hat am 5. September das unabhängige Levada-Zentrum für Meinungsforschung zum »ausländischen Agenten« erklärt. Das Zentrum erhalte »Finanzierung aus dem Ausland« und übe durch Meinungsumfragen eine »politische Tätigkeit« aus. Damit findet das Vorgehen der russischen Behörden gegen das Levada-Zentrum von 2013 seine Fortsetzung.

Wir verurteilen entschieden die Stigmatisierung des Levada-Zentrums unter seinem Direktor Lev Gudkov als »ausländischer Agent«. Sie läuft darauf hinaus, die Arbeit des Zentrums zu verhindern. Russlands Regierung diffamiert internationale wissenschaftliche Kooperation. Sie konterkariert ihren eigenen Anspruch, gleichberechtigter Partner in einer offenen internationalen Forschung zu sein. Weltweit genießt das Levada-Zentrum hohes Ansehen. Wer ein präzises Bild über die russische Gesellschaft erhalten will, ist auf die transparente Arbeit des Zentrums angewiesen. Bedroht ist nicht nur das Levada-Zentrum, sondern jede unabhängige empirische Sozialforschung. Die russischen Behörden greifen die Freiheit der Wissenschaft und die Meinungsfreiheit an. Dies stellt eine Verletzung der Russischen Verfassung und der Europäischen Konvention für Menschenrechte dar.

Das Levada-Zentrum ist die 141. Nichtregierungsorganisation in Russland, die als »ausländischer Agent« eingestuft worden ist. Grundlage für diese Praxis ist das 2012 novellierte »Gesetz über nichtkommerzielle Organisationen«. Es zielt darauf, missliebige Kräfte der Zivilgesellschaft einzuschüchtern und zu zerstören. Ihre Verleumdung als »ausländische Agenten« ist eine Propaganda-Methode, deren Wurzeln im Stalinismus liegen und die der sowjetische Geheimdienst gegen Menschenrechtler und Dissidenten anwandte.

- Wir fordern das Justizministerium der Russländischen Föderation auf, die Einstufung des Levada-Zentrums als »ausländischer Agent« zurückzunehmen und die Stigmatisierung zu beenden.
- Wir fordern die Parlamentarische Versammlung des Europarats auf, eine EntschlieÙung zu verabschieden, in der die Stigmatisierung von russischen NGOs als »ausländische Agenten« verurteilt wird.
- Wir fordern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weltweit, Angehörige der Medien und alle, denen die Freiheit der Wissenschaft, die Meinungsfreiheit und die Zivilgesellschaft wichtig sind, dazu auf, sich durch ihre Unterschrift unter diesen Aufruf mit dem Levada-Zentrum solidarisch zu zeigen.

Was tun?

Besuchen Sie die Internetseite: <www.zeitschrift-osteuroopa.de/support-levada/de>

Unterzeichnen Sie die Petition:

<www.change.org/p/justizminister-der-russischen-föderation-levada-zentrum-von-der-agentenliste-streichen>

Verbreiten Sie den Aufruf sowie die Informationen!

Senden Sie Solidaritätserklärungen an das Levada-Zentrum: gudkov@levada.ru

Materialien:

Erklärung des Direktors des Levada-Zentrums, Lev Gudkov

Chronik der Angriffe auf das Levada-Zentrum

Grigorij Ochotin: Agentenjagd: Die Kampagne gegen NGOs in Russland

Angriff auf die Freiheit der Wissenschaft. Aufruf vom 25.5.2013

Verantwortlich: Dr. Manfred Sapper, Osteuropa, Schaperstr. 30, 10719 Berlin, 030-30104581 osteuroopa@dgo-online.org

Den Aufruf, die Materialien und die Liste der Erstunterzeichner finden Sie unter: <<http://www.zeitschrift-osteuroopa.de/support-levada/>>

RANKING

Russen auf der Forbesliste der Milliardäre im September 2016

Tabelle 5: Länderranking der Forbesliste der Milliardäre im September 2016

Land	Zahl der Milliardäre
USA	540
China	251
Deutschland	120
Indien	84
Russland	77
Hong Kong	64
Großbritannien	50
Italien	43
Frankreich	39
Kanada	33
Schweiz	32
Brasilien	31
Südkorea	31
Türkei	30
Japan	27
Schweden	26
Australien	25
Taiwan	25
Spanien	21
Indonesien	20
Israel	17
Singapur	17
Thailand	16
Mexiko	14
Norwegen	13
Philippinen	11
Chile	10
Malaysia	10
Niederlande	9
Libanon	7
Österreich	6
Dänemark	6
Ägypten	6
Finnland	6
Irland	6
Saudi Arabien	6
Südafrika	6
Zypern	5
Tschechien	5
Kasachstan	5
Nigeria	5
Ukraine	5
Vereinigte Arabische Emirate	5
Argentinien	4
Monaco	4
Belgien	3
Kolumbien	3
Peru	3
Polen	3
Portugal	3
Venezuela	3
Griechenland	2
Marokko	2
Neuseeland	2

Quelle: <<http://www.forbes.com/billionaires/list/2/#version:static>, 29. September 2016>

Tabelle 6: Russen auf der Forbesliste der Milliardäre im September 2016

Rang	Name (englische Schreibweise)	Vermögen (Mrd. US\$)	Lebensalter
#60	Leonid Mikhelson	14,4	61
#63	Mikhail Fridman	13,3	52
#73	Alisher Usmanov	12,5	63
#78	Vladimir Potanin	12,1	55
#85	Gennady Timchenko	11,4	63
#93	Alexey Mordashov	10,9	51
#98	Viktor Vekselberg	10,5	59
#116	Vladimir Lisin	9,3	60
#124	Vagit Alekperov	8,9	66
#128	German Khan	8,7	54
#139	Andrey Melnichenko	8,2	44
#148	Dmitry Rybolovlev	7,7	49
#151	Roman Abramovich	7,6	49
#151	Mikhail Prokhorov	7,6	51
#173	Alexei Kuzmichev	6,7	53
#205	Mikhail Gutseriev	5,9	58
#219	Sergei Galitsky	5,7	49
#248	Andrei Skoch	5,3	50
#317	Pyotr Aven	4,6	61
#324	Sergei Popov	4,5	45
#380	Iskander Makhmudov	4,0	52
#392	Leonid Fedun	3,9	60
#403	Viktor Rashnikov	3,8	67
#435	Alexander Abramov	3,6	57
#435	Andrei Guriev	3,6	56
#527	Zarakh Iliev	3,2	50
#527	God Nisanov	3,2	44
#549	Samvel Karapetyan	3,1	51
#595	Dmitry Kamenshchik	2,9	48
#595	Alexander Nesis	2,9	53
#595	Alexander Svetakov	2,9	48
#612	Yuri Milner	2,8	54
#688	Viatcheslav Kantor	2,5	63
#722	Igor Kesaev	2,4	49
#722	Andrei Kozitsyn	2,4	56
#722	Alexander Mamut	2,4	56
#722	Vladimir Yevtushenkov	2,4	68
#771	Vadim Moshkovich	2,3	49
#771	Alexander Ponomarenko	2,3	51
#771	Alexander Skorobogatko	2,3	49

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 6: Russen auf der Forbesliste der Milliardäre im September 2016 (Fortsetzung)

Rang	Name (englische Schreibweise)	Vermögen (Mrd. US\$)	Lebensalter
#854	Oleg Deripaska	2,1	48
#854	Igor Makarov	2,1	54
#959	Yuri Shefler	1,9	49
#1067	Vladimir Bogdanov	1,7	65
#1121	Suleiman Kerimov	1,6	50
#1121	Mikhail Shishkhanov	1,6	44
#1198	Alexander Frolov	1,5	52
#1198	Filaret Galchev	1,5	53
#1198	Sait-Salam Gutseriev	1,5	57
#1275	Farkhad Akhmedov	1,4	61
#1275	Igor Altushkin	1,4	46
#1275	Danil Khachaturov	1,4	44
#1275	Pyotr Kondrashev	1,4	67
#1275	Anatoly Lomakin	1,4	64
#1476	Aras Agalarov	1,2	60
#1476	Vasily Anisimov	1,2	65
#1476	Leonid Boguslavsky	1,2	65
#1476	Oleg Boyko	1,2	52
#1476	Alexander Dzhaparidze	1,2	61
#1476	Gleb Fetisov	1,2	50
#1476	Andrei Kosogov	1,2	55
#1476	Lev Kvetnoi	1,2	51
#1476	Boris Mints	1,2	58
#1476	Kirill Shamalov	1,2	34
#1577	Elena Baturina	1,1	53
#1577	Eugene Kaspersky	1,1	50
#1577	Andrei Rappoport	1,1	53
#1577	Gavril Yushvaev	1,1	59
#1694	Alexei Ananyev	1,0	52
#1694	Dmitry Ananyev	1,0	47
#1694	Roman Avdeev	1,0	49
#1694	Valentin Gapontsev	1,0	77
#1694	Viktor Kharitonin	1,0	43
#1694	Dmitry Pumpyansky	1,0	52
#1694	Megdet Rahimkulov	1,0	70
#1694	Arkady Rotenberg	1,0	64
#1694	Boris Rotenberg	1,0	59

Quelle: <<http://www.forbes.com/billionaires/list/2/#version:static>, 29. September 2016>

21. September – 6. Oktober 2016

21.09.2016	Die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der OSZE einigt sich in Minsk auf einen Versuch, an drei Orten entlang der Frontlinie den Konflikt dauerhaft zu deeskalieren (Solote, Petrowske und Stanytsia Luhanska). Dazu sollen die Kontrahenten je einen Kilometer von der Frontlinie abziehen, und alle vorherigen Abkommen zum Abzug schwerer Waffen vollständig erfüllen. Für den Abzug wird eine Frist von 13 Tagen vereinbart. Im Erfolgsfall sollen so Schritt für Schritt die Kampfseinheiten von der über 400 Kilometer langen Frontlinie abgezogen werden.
23.09.2016	Präsident Wladimir Putin ernennt Anatolij Jakunin, den Leiter der Hauptverwaltung des Innenministeriums (Polizei) für Moskau, zum Chef der Operativen Verwaltung des Innenministeriums (MWD). Sein Nachfolger in Moskau wird sein bisheriger Stellvertreter Oleg Baranow.
23.09.2016	Gegen die Leitung der »Ökologischen Wache im Nordkaukasus« wird ein Verfahren wegen Verleumdung eingeleitet. Dabei geht es um Kritik an dem ehemaligen Vize-Gouverneur der Region Krasnodar, Alexandr Remeskow, der im September in die Staatsduma des Gebiets Tjumen gewählt worden war.
24.09.2016	Der Chef des nationalen Fußballfan-Verbands Alexandr Schrygin wird im Zusammenhang mit den Ausschreitungen russischer Hooligans in Moskau am 31. Januar 2016 festgenommen.
24.09.2016	Russlands Sportminister Witalij Mutko wird in seinem Amt als Vorsitzender des russischen Fußballverbandes bestätigt.
25.09.2016	In Moskau wird eine Ausstellung des US-Fotographen Jock Sturges geschlossen, nachdem es zu gewalttätigen Protesten gekommen war. Mitglieder der NGO »Die Offiziere Russlands« hatten den Eingang der Galerie blockiert und die Bilder als Kinderpornografie bezeichnet. Zuvor hatten die Senatorin Jelena Misulina und die Ombudsfrau für Kinderrechte, Anna Kusnezowa, die Generalstaatsanwaltschaft Russlands gebeten, die Ausstellung auf Kinderpornografie zu überprüfen.
25.09.2016	Der UN-Sicherheitsrat berät in einer von den USA und Großbritannien beantragten Dringlichkeitssitzung über die Lage in Aleppo. Das Vorgehen der Assad-Regierung und der russischen Truppen wird dabei von Mitgliedern des Sicherheitsrats scharf kritisiert.
26.09.2016	»Legal.Report« berichtet, dass der Leiter des Ermittlungskomitees (SKR) Aleksandr Bastrykin bereits am 20. September sein Rücktrittsgesuch bei Präsident Wladimir Putin eingereicht habe. Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, erklärt, dass er nichts von dem Rücktritt wisse.
26.09.2016	Laut isländischen Medienberichten und Berichten der Nato kommen zwei russische Militärflugzeuge einer isländischen Passagiermaschine auf dem Weg von Keflavik nach Stockholm gefährlich nah. Diese seien mit ausgeschalteten Transpondern geflogen. Dies wird vom russischen Verteidigungsministerium bestritten.
27.09.2016	Das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill, unterzeichnet ein Gesuch der Allrussischen gesellschaftlichen Bewegung »Für das Leben« und der Bewegung »Orthodoxe Freiwillige« für ein Abtreibungsverbot in Russland.
27.09.2016	Der Fernsehsender RBK wird Führungspersonal ausgetauscht. Alexandr Bogomolow wird neuer Generalproduzent, die Position des für die Produkte zuständigen Direktors nimmt Igor Sadrejew ein, und Alexandr Urshanow wird der neue Creative Producer des Senders.
28.09.2016	Das internationale Ermittlerteam unter der Leitung der niederländischen Staatsanwaltschaft gibt erste Ergebnisse der strafrechtlichen Untersuchung zum Abschuss der malaysischen Boeing des Fluges MH17 über der Ostukraine vor zwei Jahren bekannt. Demnach sei die Maschine von prorussischen Rebellengebiet aus abgeschossen worden. Das Flugabwehrsystem vom Typ »Buk« sei von Russland aus ins Rebellengebiet transportiert und die mobile Abschussrampe anschließend wieder nach Russland zurückgebracht worden. Das russische Außenministerium kritisiert die Ergebnisse als politisch motiviert und unvollständig.
29.09.2016	Drei Mitarbeiter der Zentralverwaltung der Staatlichen Straßenaufsicht (UGADN) werden wegen Verdachts auf Korruption festgenommen.
29.09.2016	Der Inlandsgeheimdienst FSB nimmt in Moskau und im Moskauer Umland mehr als 100 Personen aus den Staaten Zentralasiens wegen des Verdachts auf extremistische Tätigkeit fest.
30.09.2016	Präsident Wladimir Putin entlässt den ehemaligen Direktor des Auslandsgeheimdienstes (SWR) Michail Fradkow als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats. An seine Stelle tritt der neue Leiter des Auslandsgeheimdienstes Sergej Naryschkin.
30.09.2016	Außenminister Sergej Lawrow verteidigt in einem Telefongespräch mit seinem Amtskollegen John Kerry die Luftangriffe auf die syrische Stadt Aleppo, da auch die ehemalige Al-Nusra-Front die Waffenruhe missachten würde. Kerry wiederholte seine Drohung, die Zusammenarbeit mit Russland in Syrien angesichts der Lage der Zivilbevölkerung in der eingeschlossenen Stadt Aleppo abzubrechen. Lawrow äußerte die Bereitschaft, weitere Maßnahmen für eine Verbesserung der Lage in Syrien zu diskutieren.

01.10.2016	Ein bewaffneter Unbekannter dringt mit einem Benzinkanister gewaltsam in eine Synagoge im Zentrum Moskaus ein und verletzt dabei einen Sicherheitsmitarbeiter. Er wird von der Polizei festgenommen.
03.10.2016	Im Moskauer Militärbezirksgericht beginnt der Prozess wegen des Mordes an dem Oppositionspolitiker Boris Nemzow. Nemzow war am 27. Februar 2015 in der Nähe des Kremls in Moskau erschossen worden. Gegen fünf Personen wird Anklage erhoben.
03.10.2016	Präsident Wladimir Putin ordnet an, die Vereinbarung mit den USA zur Vernichtung von atomwaffenfähigem Plutonium auszusetzen. Der Pressesprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, führt als Begründung an, dass sich die USA bislang nicht an das 2010 in Kraft getretene Abkommen gehalten habe und durch ihre unfreundlichen Handlungen die strategische Stabilität bedrohe.
03.10.2016	Die USA brechen die Verhandlungen mit Russland über eine Waffenruhe in Syrien ab und begründen dies damit, dass Russland seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen sei.
04.10.2016	Präsident Wladimir Putin und der Präsident Kasachstans, Nursultan Nasarbajew, unterzeichnen im Rahmen des Forums für Internationale Zusammenarbeit Russlands und Kasachstans in Astana ein Konzept für die Zusammenarbeit der Länder 2016–2018. Zusätzlich finden Gespräche der Wirtschaftsminister beider Länder über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Ausbau des Handels bis 2017 statt.
04.10.2016	Das Justizministerium gibt bekannt, dass es die Organisation »Memorial International« aufgrund einer außerplanmäßigen Prüfung als »ausländischer Agent« registriert hat. Memorial International gibt bekannt Begründung hierfür sei laut einem Schreiben des Justizministeriums unter anderem Erklärungen, in denen die Organisation russische Gesetze kritisiert und von einer russischen »Aggression« im Ukraine-Konflikt gesprochen hat. Memorial bezeichnet die Einstufung als rechtswidrig und kündigt an, sie gerichtlich anzufechten.
04.10.2016	Der US-amerikanische Fernsehsender Fox News berichtet, dass Russland S-300-Raketenabwehrsysteme nach Syrien verlegt hat. Diese sollen nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums eine russische Marineeinrichtung im Hafen von Tartus und Kriegsschiffe schützen.
04.10.2016	Über 200 Hafenanarbeiter des Seehafen in Wladiwostok protestieren gegen Stellenkürzungen und fordern die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter.
05.10.2016	Präsident Wladimir Putin eröffnet die erste Dumasitzung mit einer Ansprache an das Parlament. Die Duma wählt Wjatscheslaw Wolodin, bisher Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentschaftsadministration, zu ihrem Vorsitzenden (Speaker).
05.10.2016	Präsident Wladimir Putin ernennt den Generaldirektor der Staatskorporation für Atomenergie »RosAtom«, Sergej Kirijenko, zum Ersten Stellvertreter des Leiters der Präsidentschaftsadministration.
05.10.2016	Präsident Wladimir Putin ernennt Alexej Lichatschow zum neuen Generaldirektor von »Rosatom«.
06.10.2016	Außenminister Sergej Lawrow empfängt in Moskau seinen französischen Amtskollegen Jean-Marc Ayrault zu Gesprächen über Frankreichs Initiative in Syrien.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>